

EIS GEMENG

De Gemengebuuet vu Stroossen

01 22

Séances du conseil communal du 26.01.2022 et du 02.03.2022

DE

Gemeinderatssitzung
vom 26. Januar 2022 P04

Gemeinderatssitzung
vom 02. März 2022 P33

FR

Séance du conseil communal
du 26 janvier 2022 P14

Séance du conseil communal
du 02 mars 2022 P43

EN

Communal Council meeting
of 26 January 2022 P24

Communal Council meeting
of 02 March 2022 P52



COMMUNE DE

Strassen

1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen_Stroossen

CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :

brain&more

Photos :

101 Studios

Martine Pinnel

Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Lëtzebuerg

PacteClimat
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL

PUNDEL Nico

Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty

Échevin - LSAP



ROOB Jean Claude

Échevin - LSAP



BESTGEN-MARTIN Maryse

Conseillère - Déi Gréng



DIESCHBURG-NICKELS Martine

Conseillère - DP



DURRER Jean-Marie

Conseiller - CSV



EL KHOURY Victoria

Conseillère - LSAP



FISCHER Marc

Conseiller - DP



GLEIS François

Conseiller - CSV



GLESENER Laurent

Conseiller - DP



KANDEL Léandre

Conseiller - DP



KLENSCH Paul

Conseiller - LSAP



REMMY Claire

Conseillère - Déi Gréng

Gemeinderatssitzung vom 26. Januar 2022

TAGESORDNUNG

1. Billigung des Protokolls der Sitzung vom 10.11.2021.
2. Billigung eines Kaufvorvertrags.
3. Billigung mehrerer Mietverträge.
4. Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsregelungen.
5. Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung zwischen dem Staat, dem Sozialamt und der Gemeinde für das Jahr 2022.
6. Billigung des initialen Vertrags des „Pacte logement 2.0“.
7. Billigung eines Nachtrags zur dreiseitigen Vereinbarung des Jahres 2021 zwischen dem Staat, dem Roten Kreuz und der Gemeinde in Bezug auf die Maison Relais.
8. Billigung eines Nachtrags zur dreiseitigen Vereinbarung des Jahres 2021 zwischen dem Staat, der Caritas und der Gemeinde in Bezug auf die Krippe „Am Pescher“.
9. Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung zwischen dem Staat, der Caritas und der Gemeinde Strassen in Bezug auf die Krippe „Am Pescher“ für das Jahr 2022.
10. Billigung eines Kostenvoranschlags für die Neugestaltung des Rathauses (von der Tagesordnung gestrichen).
11. Beschluss über einen Antrag auf einen außerordentlichen Zuschuss.
12. Ernennung eines ÖPNV-Beauftragten.
13. Verabschiedung eines Vertrags im Rahmen der „FLEX“-Mobilität.
14. Beschluss über ein Vorkaufsrecht.
15. Grundsatzbeschluss zur Übernahme der Notarkosten bei kostenlosen Abtretungen von Katasterparzellen.
16. Vorstellung einer geplanten Vereinbarung mit der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Initiativ Liewensufank“.
17. Personalfragen:
 - a. Schaffung einer Stelle für den Bedarf des Betriebshofs.
18. Verschiedenes.
19. Personalfragen (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):
 - a. Beschluss über zwei Gruppenwechsel.

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Gemeinderatsmitglieder. Sekretär: Christian Muller.

Änderung der Tagesordnung.

Aufgrund eines materiellen Fehlers schlägt Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) vor, die Billigung eines Kostenvoranschlags für die Neugestaltung des Rathauses auf eine spätere Sitzung zu vertagen. Punkt 10 der Tagesordnung wird somit gestrichen.

Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig gebilligt.

1. Billigung des Protokolls der Sitzung vom 10.11.2021.

Die Mitglieder des Gemeinderats haben keine Anmerkungen zum Protokoll der Sitzung vom 10.11.2021.

Das Protokoll wird einstimmig gebilligt.

2. Billigung eines Kaufvorvertrags.

Der Rat ist aufgefordert, dem Erwerb von 4 Parzellen in „Merler Maerchen“ mit einer Gesamtfläche von 139,3 Ar zuzustimmen. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 4.875.500 Euro, sprich 35.000 Euro pro Ar.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erinnert daran, dass dieser Erwerb bereits im Gemeinderat besprochen wurde. Er weist darauf hin, dass ein Teil der Parzellen im Korridor der künftigen Umgehungsstraße von Merl liegt. Dies stellt in seinen Augen kein Problem dar, da die Gemeinde gegebenenfalls Parzellen mit dem Staat tauschen kann. Er erachtet den Erwerb von Grundstücken an dieser Stelle als interessant für die Gemeinde.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) findet, die Gemeinde sollte um ein Treffen mit dem Erwerb-sausschuss des Finanzministeriums bitten um abzuklären, ob der Staat tatsächlich an einem Tausch interessiert ist. Der Bürgermeister verspricht, dies in die Wege zu leiten. Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) ist auch der Ansicht, die Gemeinde sollte sich im Detail über den Fortschritt des Projekts bezüglich der Umgehungsstraße von Merl informieren.

Der Kaufvorvertrag wird einstimmig gebilligt.

3. Billigung mehrerer Mietverträge.

Der Rat ist aufgefordert, drei Mietverträge für Wohnungen der Gemeinde zu billigen. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass es bei einem der Verträge um ein junges Paar geht, dessen in der Route d'Arlon gelegene Wohnung kürzlich durch einen Brand zerstört wurde. Die Gemeinde möchte das Paar unterstützen, indem sie ihm vorübergehend eine Wohnung vermietet. Die beiden anderen Verträge sind für Personen bestimmt, die bereits in Sozialwohnungen der Gemeinde untergebracht waren. Eine dieser Personen zieht in eine Wohnung mit normaler Miete, die andere wechselt die Wohnung innerhalb desselben Gebäudes, um einer Person mit Behinderung den Zugang zu erleichtern.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) zeigt sich erstaunt darüber, dass die Gemeinde eine Bankgarantie von dem jungen Paar verlangt, dessen Wohnung zerstört wurde. Das Schöffenkollegium erklärt, dass es sich um eine Übergangslösung handelt, dass das Paar über ein angemessenes Einkommen verfügt und dass solche Kosten in der Regel von der Versicherung gedeckt werden.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) bedauert die sehr hohen Nebenkosten einer dieser Wohnungen. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erläutert, dass sich das betreffende Gebäude durch eine soziale Mischung auf Ebene der Mieter auszeichnet. Daher verfügt es über einen Aufzug und einen Reinigungsdienst, was die hohen Nebenkosten erklärt.

Die drei Mietverträge werden einstimmig gebilligt.

4. Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsregelungen.

Der Rat ist aufgefordert, mehreren zeitlich befristeten Verkehrsregelungen im Zusammenhang mit Baustellen in der Route d'Arlon und der Chaussée Blanche zuzustimmen.

Die zeitlich befristeten Verkehrsregelungen werden einstimmig angenommen.

5. Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung zwischen dem Staat, dem Sozialamt und der Gemeinde für das Jahr 2022.

Der Rat ist aufgefordert, die dreiseitige Vereinbarung zwischen dem Staat, dem Sozialamt und der Gemeinde für das Jahr 2022 zu verabschieden. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass sich der Staat und die Gemeinde die Personalkosten teilen. Die Vereinbarung sieht einen Sozialarbeiter pro 6.000 Einwohner vor. Für 12.000 Einwohner sind eine zusätzliche Sozialarbeiterstelle und ein Verwaltungsposten vorgesehen. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) fügt noch hinzu, dass der Staat bereits eine zusätzliche halbe Stelle für einen Sozialarbeiter bewilligt hat, als die Bevölkerung der Gemeinde die 8.000-Einwohner-Marke erreichte.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) dankt dem gesamten Team des Sozialamts und den Mitgliedern des Verwaltungsrats für ihre hervorragende Arbeit. Sie erklärt, dass die Betriebskosten des Sozialamts sowie das Sitzungsgeld und die Vergütungen des Rats auch zu 50% vom Staat getragen werden. Sie fügt hinzu, dass die Vereinbarung eine Plattform für die Zusammenarbeit zwischen dem Staat, der Gemeinde und dem Sozialamt vorsieht, die das Monitoring der Arbeit des Sozialamts ermöglicht. Sie erinnert daran, dass das Sozialamt auch mit dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen des sozialen Lebensmittelladens.

Ein Anhang der Vereinbarung betrifft die direkte Leistungsabrechnung für einkommensschwache Personen. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) berichtet, dass 139 Personen im Jahr 2021 ein Etikettenheft der direkten Leistungsabrechnung für einkommensschwache

Personen erhalten haben. Dies entspricht 48 Familien. Sie erinnert daran, dass die Kostenübernahme in diesem Zusammenhang auf sechs Monate begrenzt und der Antrag nach dieser Frist zu erneuern ist. 19 Anträgen auf Verlängerung wurde stattgegeben. 95% der Begünstigten zahlten ihren Patientenanteil an das Sozialamt zurück. Hinsichtlich der Unterstützung für Haushalte, die unter Energiearmut leiden, ist kein Antrag eingegangen. Betty Welter-Gaul (LSAP) führt dies zum Teil auf die Pandemie und unmöglich gewordene Hausbesuche zurück. Ein weiterer Grund ist wohl, dass es sich bei den meisten Begünstigten um Mieter handelt, die ihre Haushaltsgeräte nicht selbst ersetzen.

Betty Welter-Gaul (LSAP) teilt mit, dass das Sozialamt seit Jahresbeginn bereits 65 Dossiers bearbeitet hat. In Anbetracht der Tatsache, dass die Zahl der bearbeiteten Anträge von 217 im Jahr 2019 auf 274 im Jahr 2020 und 266 im Jahr 2021 gestiegen ist, befürchtet sie einen weiteren Anstieg der Zahl der Begünstigten.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) dankt dem Team des Sozialamts und den Mitgliedern des Verwaltungsrats für ihre Arbeit. Ihm zufolge sollte der Staat der Gemeinde ab 10.000 Einwohnern eine weitere halbe Sozialarbeiterstelle bewilligen. Das Schöffenkollégium erklärt, dass die Gemeinde bereits frühzeitig mit Erreichen der 8.000 Einwohner eine halbe Stelle erhalten hat. Diese wird im Prinzip erst ab 9.000 Einwohnern zugestanden. Es ist also eher unwahrscheinlich, dass der Staat eine weitere zusätzliche halbe Stelle bei 10.000 Einwohnern gewährt.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) dankt ebenfalls dem Team des Sozialamts. Sie ist der Ansicht, dass der Anstieg der Zahl der Begünstigten zeigt, wie wichtig und notwendig die Arbeit des Sozialamts ist. Sie ist daher der Meinung, dass das Ministerium für Familie, Integration und die Großregion darüber nachdenken sollte, die der Stellenverteilung zugrundeliegenden Kennzahlen zu überdenken.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) erkundigt sich nach dem Grund für den jüngsten Anstieg bei der Zahl der Dossiers. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass es sich zum Teil um alte Dossiers handelt, zieht aber auch die aktuelle Krise als eine der Hauptursachen in Betracht. Sie ist außerdem

der Meinung, dass die Gemeinde beim nächsten Treffen der Kooperationsplattform vorschlagen sollte, die Arbeitszeit von Tania Martins auszudehnen. Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) findet, dass die Entwicklung der Zahl der Begünstigten beobachtet werden sollte.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) teilt diese Meinung. Die Gemeinde sollte zudem die genauen Ursachen für diese Entwicklung anhand anonymisierter Daten analysieren. So könnte man seiner Meinung nach herausfinden, ob es sich tatsächlich um eine Auswirkung der aktuellen Krise handelt oder ob es andere unterschwellige Gründe gibt. Das Schöffenkollégium verspricht, bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderats eine solche Analyse durchzuführen.

Die dreiseitige Vereinbarung zwischen dem Staat, dem Sozialamt und der Gemeinde für das Jahr 2022 wird einstimmig verabschiedet.

6. Billigung des initialen Vertrags des „Pacte logement 2.0“.

Der Rat ist aufgefordert, den initialen Vertrag (Convention initiale) des „Pacte logement 2.0“ zu billigen. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ruft in Erinnerung, dass die Gemeinde nicht – wie ursprünglich vorgesehen – auf einen internen Berater zurückgreifen kann und daher einen externen Berater hinzuziehen wird. Die Wahl ist auf das Ingenieur- und Beratungsbüro „Schroeder & Associés“ mit den Beratern Jean-Luc Weidert, Martine Schummer und Olivier Zirnheld gefallen. Der Vertrag umfasst 180 Beratungsstunden pro Jahr, mit einem Zuschlag von 60 Stunden für gemeindeübergreifende Projekte oder solche, die eine Bürgerbefragung erfordern.

Der Bürgermeister schlägt vor, möglichst zeitnah eine Versammlung zum Thema „Großprojekte“ zu organisieren, um Jean-Luc Weidert die Möglichkeit zu geben, den Mitgliedern des Gemeinderats den Pakt in groben Zügen vorzustellen. Das Schöffenkollégium hat für die darauffolgende Woche auch ein Treffen mit Vertretern des Fonds für Wohnungswesen (Fonds du Logement) und der Nationalen Gesellschaft für verbilligtes Wohneigentum (SNHBM) vorgesehen, um über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu diskutieren.

Laut Bürgermeister enthält die zweite Fassung des Pakts viele Änderungen. So hat die Gemeinde beispielsweise Anrecht auf einen gewissen Prozentsatz jedes neuen Teilbebauungsplans (PAP) einer gewissen Größe, um Sozialwohnungen zu bauen. Daher dürfte es umso wichtiger sein, sich mit den Bauträgern abzusprechen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) teilt diese Auffassung. Sie würde gerne erfahren, was genau sich hinter dem im Plan erwähnten Konzept „Programme d'action local logement“ (PAL) verbirgt. Der Bürgermeister räumt ein, dass die Details dieses Konzepts tatsächlich noch präzisiert werden müssten. Seiner Meinung nach bedeutet es beispielsweise: Bei einem PAP von 10.000 Quadratmetern hat die Gemeinde Anspruch auf 2.000 Quadratmeter; im Gegenzug erhält der Bauträger aber das Recht, die bebaute Gesamtfläche um 10 % zu erhöhen. Im Idealfall hätte die Gemeinde also Anspruch auf ein eigenes Gebäude innerhalb des PAP, um Sozialwohnungen zu entwickeln. Es gilt jedoch die Erläuterungen des Ingenieur- und Beratungsbüros abzuwarten, um all diese Einzelheiten zu klären. Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erklärt der Bürgermeister, dass die Bestimmungen des neuen Pakts ab dem 18. Februar 2022 in Kraft treten. Bis zu diesem Datum gilt der alte Pakt.

Auch Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) findet, dass der „Pacte logement 2.0“ zahlreiche Änderungen mit sich bringt. Man sollte daher prüfen, ob der neue Allgemeine Bebauungsplan (PAG) angesichts der neuen Bestimmungen noch angemessen ist. Der Bürgermeister wiederholt, dass all dies beim Treffen mit dem Experten zur Sprache gebracht werden kann.

Der initiale Vertrag des „Pacte logement 2.0“ wird einstimmig gebilligt.

7. Billigung eines Nachtrags zur dreiseitigen Vereinbarung des Jahres 2021 zwischen dem Staat, dem Roten Kreuz und der Gemeinde in Bezug auf die Maison Relais (siehe Punkt 8).

8. Billigung eines Nachtrags zur dreiseitigen Vereinbarung des Jahres 2021 zwischen dem Staat, der

Caritas und der Gemeinde in Bezug auf die Krippe „Am Pescher“.

Der Rat ist aufgefordert, zwei Nachträge zu den Vereinbarungen in Bezug auf die Maison Relais und die Krippe „Am Pescher“ zu genehmigen. Der Bürgermeister erklärt, dass es bei den Nachträgen um zusätzliches Personal geht, das aufgrund der Pandemie benötigt wird. Die Nachträge sehen vor, dass die zusätzlichen Stunden auf die gleiche Weise vergütet werden wie die normalen Stunden: Die Kostenübernahme erfolgt zu 75% durch den Staat und zu 25% durch die Gemeinde. Der Bürgermeister fügt hinzu, dass eine Personalaufstockung zu diesem Zeitpunkt jedoch aufgrund eines Personalmangels im Zuge der Infektionswelle schwer zu realisieren ist. Er lobt die hervorragende Arbeit der Maison Relais und der Krippe trotz dieser schwierigen Situation.

Die beiden Nachträge werden einstimmig gebilligt.

9. Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung zwischen dem Staat, der Caritas und der Gemeinde Strassen in Bezug auf die Krippe „Am Pescher“ für das Jahr 2022.

Der Rat ist aufgefordert, die dreiseitige Vereinbarung zwischen dem Staat, der Caritas und der Gemeinde Strassen in Bezug auf die Krippe „Am Pescher“ für das Jahr 2022 zu verabschieden. Der Bürgermeister erklärt, dass die Vereinbarung in allen Punkten den Vereinbarungen der vergangenen Jahre entspricht.

Die Vereinbarung wird einstimmig verabschiedet.

10. Billigung eines Kostenvoranschlags für die Neugestaltung des Rathauses.

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung gestrichen.

11. Beschluss über einen Antrag auf einen außerordentlichen Zuschuss.

Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) führt aus, dass die „Fanfare Stroossen“ einen Antrag auf einen außerordentlichen Zuschuss für kostspielige Ausgaben gestellt hat. Die Ausgaben betreffen ein Musikinstrument, genauer gesagt eine Große Trommel, sowie

75 Softshelljacken mit dem Logo des Musikvereins. Die Jacken sind für Konzerte im Sommer bestimmt, bei denen das Tragen der normalen Uniform aufgrund der Hitze nicht möglich ist. Der Gesamtbetrag des Kostenvoranschlags beläuft sich auf 4.938,54 Euro, und das Gesetz sieht die Möglichkeit einer Erstattung von einem Drittel dieser Summe durch die Gemeinde vor. Vorbehaltlich der Zustimmung beträgt der Zuschuss demnach 1.646,18 Euro.

Im Hinblick auf die gängigen Zuschüsse kündigt der Bürgermeister an, dass das Schöffenkollegium in Kürze eine neue Zuschussregelung in der Finanzkommission präsentieren wird.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) findet, dass die Vereine Sponsoren für den Erwerb von Westen o.Ä. suchen könnten, statt einen Zuschuss zu beantragen. Der Bürgermeister glaubt, dass dies für einen Musikverein nicht realistisch ist.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) schließt sich der Position von Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) im Hinblick auf das Sponsoring an, schätzt dies für einen Musikverein jedoch als höchst schwierig ein. Dennoch vertritt er die Meinung, dass Jacken nicht mit Uniformen vergleichbar sind und der Verein solche Kleidung selbst bezahlen sollte. Er befürchtet, weitere Anträge dieser Art von anderen Vereinen könnten folgen. Er räumt ein, dass die „Fanfare“ zwar viele Veranstaltungen organisiert und somit zum kulturellen Leben beiträgt, ist aber nicht davon überzeugt, dass die Gemeinde diese Jacken finanzieren sollte. Der Bürgermeister kann diese Position sehr gut nachvollziehen. Er erklärt sich bereit, den Zuschuss lediglich für das Instrument zu gewähren.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) pflichtet Laurent Glesener (DP) bei. Er unterstreicht, dass es die Vereine und die Aktivitäten der „Fanfare“ zu unterstützen gilt, ist aber auch der Meinung, dass die Gemeinde mit der Finanzierung dieser Jacken keinen Präzedenzfall schaffen sollte. Da wäre es in seinen Augen angebrachter, sommertaugliche Uniformen zu finanzieren. Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) bestätigt der Bürgermeister, dass sämtliche Anträge auf Bezuschussung grundsätzlich im Gemeinderat besprochen werden.

Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) hebt hervor, dass die Jacken die Musiker auch bei Regen schützen sollen. In seinen Augen sollte die Gemeinde den Zuschuss gewähren.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) unterstreicht die wichtige Rolle der „Fanfare“ im Rahmen der Volksfeste. Er findet, dass ihre Mitglieder über regenfeste Kleidung verfügen müssen und die Gemeinde die Jacken daher bezuschussen sollte.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) teilt die Auffassung, dass die Gemeinde die Jacken bezuschussen sollte – vorausgesetzt jedoch, sie stellen eine Art Uniform dar und werden nur bei öffentlichen Anlässen getragen. Er gibt zu bedenken, dass es generell schwierig ist, Vereine zur Teilnahme an örtlichen Festen zu mobilisieren, und betont, dass es sich bei der „Fanfare“ um eines der Aushängeschilder des Vereinslebens handelt. Er merkt an, dass sich der Anteil der Gemeinde am Kauf der Jacken nur auf rund 1.600 Euro beläuft – was in seinen Augen völlig angemessen ist.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) ist der Meinung, dass die Gemeinde klar festlegen sollte, welche Ausgaben zuschussfähig sind. Er hält es für unfair, die Bezuschussung einer Ausgabe zu verweigern, obwohl die Regeln bei der Beantragung nicht klar waren. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) findet diesen Vorschlag exzellent und schlägt eine entsprechende Diskussion in der Kommission vor.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) weist auf die systematische Anwesenheit des Musikvereins bei sämtlichen offiziellen Feierlichkeiten hin. Er ist der Ansicht, dass sein großes Engagement eine hohe Bezuschussung rechtfertigt.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) vertritt die Meinung, dass das Engagement des Vereins nicht von den bezogenen Zuschüssen abhängen darf. In seinen Augen sollte man zwischen den Vereinen keinen Unterschied machen aufgrund ihrer Aktivitäten, da diese nicht alle vergleichbar sind.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) findet, dass alle Vereine in unterschiedlichen Kontexten ihre Bedeutung haben. Er befürchtet, dass eine in der

Kommission ausgearbeitete neue Regelung zu spät kommt. Er regt an, dass die Gemeinde vorerst nur den Zuschuss für das Instrument gewährt – mit der Bitte an die „Fanfare“, einen neuen Antrag bezüglich der Jacken zu stellen, sobald eine neue Zuschussregelung vorliegt.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) spricht sich ebenfalls dafür aus, den Beschluss über diesen Zuschuss zu vertagen, bis eine neue Regelung vorliegt, selbst wenn diese innerhalb kurzer Zeit ausgearbeitet werden muss. Sie befürchtet, dass ein als willkürlich empfundener Beschluss zu Unstimmigkeiten mit anderen Vereinen führen könnte.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) äußert sich dahingehend, dass man nicht zwischen den Vereinen aufgrund ihrer Aktivitäten unterscheiden darf.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) findet nicht, dass auf eine neue Regelung gewartet werden muss. Er ist der Ansicht, dass ein Beschluss auf Grundlage der geltenden Regelung gefasst werden sollte.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass sich die Diskussion in der Kommission ursprünglich nicht auf die Regelung über außerordentliche Ausgaben beziehen sollte. Daher wäre es ratsam, die Kommission über diesen zusätzlichen Aspekt in Kenntnis zu setzen.

Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) bestätigt Schöffe Jean Claude Roob (LSAP), dass die Regelung über außerordentliche Ausgaben die Bezuschussung eines Drittels der Ausgaben vorsieht. Er liest den Ratsmitgliedern die Regelung vor.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) schlägt vor, nur über den Zuschuss für die Große Trommel abzustimmen und die Abstimmung bezüglich der Jacken aufzuschieben. Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) merkt an, dass der Gemeinde im Prinzip drei verschiedene Angebote für die Jacken vorgelegt werden müssten. Nach einer kurzen Debatte schlägt der Bürgermeister vor, den Beschluss über diesen Antrag vollständig zu vertagen, damit er zu einem späteren Zeitpunkt ordnungsgemäß gefasst werden kann.

Der Beschluss über einen Antrag auf einen außerordentlichen Zuschuss wird einstimmig vertagt.

12. Ernennung eines ÖPNV-Beauftragten.

Gemäß Artikel 12 des abgeänderten Gesetzes vom 5. Februar 2021 ist der Gemeinderat aufgefordert, unter seinen Mitgliedern einen ÖPNV-Beauftragten zu ernennen. Dieser wird die Aufgabe haben, die Kommunikation zwischen der Gemeinde und ihren Einwohnern und der Verwaltung in allen Fragen der Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs zu gewährleisten. Das Schöffengericht schlägt vor, Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) zum ÖPNV-Beauftragten und Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) zu seinem Stellvertreter zu ernennen.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) begrüßt die Schaffung dieser Funktion. In seinen Augen ist der Bürgermeister die geeignete Person, um diese Rolle zu übernehmen.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) wird einstimmig zum ÖPNV-Beauftragten ernannt.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) wird bei einer Enthaltung mehrheitlich zum Stellvertreter ernannt.

13. Verabschiedung eines Vertrags im Rahmen der „FLEX“-Mobilität.

Der Gemeinderat ist aufgefordert, einen Vertrag im Rahmen des CFL-Carsharing-Systems „FLEX“ zu billigen. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erinnert daran, dass ein erster Vertrag über die Bereitstellung von zwei Autos beim Rathaus und zwei Fahrzeugen in der „Cité Pescher“ abgeschlossen wurde. Er erklärt, dass der Grad der Nutzung des Systems immer noch zufriedenstellend ist, mit 150 Buchungen an der Station „Pescher“ und 373 Buchungen an der Station „Gemeinde“. Laut Nicolas Pundel (CSV) könnten die Fahrzeuge der Station „Pescher“ den Standort wechseln, wenn sich die Nutzung als zu gering erweist. Das Schöffengericht ist auch in Gesprächen, um das Mietangebot um einen Lieferwagen zu erweitern.

Der vorliegende Vertrag sieht die Bereitstellung von zwei zusätzlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor in der Rue Mathias Saur vor.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) würde gerne wissen, welche Art von Lieferwagen in Betracht gezogen wird. Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um einen einfachen Kastenwagen mit geschlossenem Aufbau handelt, der für den Transport von sperrigen Gegenständen geeignet ist.

Auf die Frage von Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) hin bestätigt der Bürgermeister, dass die „FLEX“-Fahrzeuge auch außerhalb Luxemburgs genutzt werden dürfen.

Léandre Kandel (DP) ist der Auffassung, dass eine neue Station in der Rue du Kiem sinnvoller wäre. Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) denkt, dass das System besser gefördert werden muss. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Betreiber sehr zufrieden mit der Nutzung der Station „Gemeinde“ ist, die zu den am häufigsten genutzten Stationen im gesamten Netzwerk gehört. Darüber hinaus ist er der Meinung, dass ein einziges Fahrzeug an der Station „Pescher“ genügen könnte.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) hält die Nutzung des „FLEX“-Systems in der Gemeinde für mehr als zufriedenstellend. Sie würde die Ergänzung des Angebots um einen Lieferwagen begrüßen und verweist auf gute Erfahrungen der Gemeinde Bartringen mit einem solchen Angebot.

Der Vertrag im Rahmen der „FLEX“-Mobilität wird einstimmig gebilligt.

14. Beschluss über ein Vorkaufsrecht.

Die Gemeinde hat eine Anfrage in Bezug auf die Ausübung ihres Vorkaufsrechts erhalten. Das Schöffenkollégium schlägt vor, in diesem Fall vom Gebrauch des Vorkaufsrechts abzusehen. Der Bürgermeister erläutert, dass es sich um eine recht spezielle Anfrage handelt, da sie sich auf drei Grundstücke bezieht, von denen eines auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg liegt. Er ist sich nicht einmal sicher, ob eine derartige Anfrage überhaupt zulässig ist.

Die Ausübung des Vorkaufsrechts wird einstimmig abgelehnt.

15. Grundsatzbeschluss zur Übernahme der Notarkosten bei kostenlosen Abtretungen von Katasterparzellen.

Das Schöffenkollégium schlägt vor, dass die Gemeinde künftig bei der kostenlosen Abtretung von Parzellen, die der kommunalen Raumordnung dienen, die Notarkosten übernimmt. Der Bürgermeister empfindet es als unfair, diese Kosten den Eigentümern aufzubürden, wenn diese die Parzellen kostenlos zugunsten der Gemeinde abtreten.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) teilt mit, dass seine Fraktion diese Initiative begrüßt, da die alte Praxis tatsächlich nicht nachvollziehbar war.

Der Grundsatzbeschluss wird einstimmig gefasst.

16. Vorstellung einer geplanten Vereinbarung mit der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht „Initiativ Liewensufank“.

Das Schöffenkollégium stellt eine Vereinbarung mit der „Initiativ Liewensufank a.s.b.l.“ vor, um deren Dienst „BabyPLUS“ in Strassen anzubieten. Das Projekt hat es sich zur Aufgabe gemacht, Familien nach der Geburt eines Babys und während des gesamten ersten Lebensjahres des Kindes eine kostenlose Begleitung durch Fachkräfte für Kleinkindbetreuung anzubieten.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass in der aktuellen Sitzung keine Abstimmung zu diesem Punkt vorgesehen ist, sondern es lediglich darum geht, die Vereinbarung vorzustellen.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erläutert, dass der Dienst darauf abzielt, die Fähigkeiten der Eltern zu entwickeln und die Eltern-Kind-Bindung zu stärken. Ein weiteres Ziel besteht darin, etwaige Probleme zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Professionelle Berater stehen ab der Schwangerschaft zur Verfügung, um jungen Eltern praktische Ratschläge zu geben und auf alle ihre Sorgen und Fragen einzugehen.

Die Beratungstreffen sind für die Eltern kostenlos und in mehreren Sprachen möglich – darunter Luxemburgisch, Französisch, Deutsch, Englisch und Portugiesisch. Für weitere Sprachen stehen Dolmetscher zur

Verfügung. Das voraussichtliche Budget des Projekts beläuft sich auf 23.880 Euro zu Lasten der Gemeinde. Die Vereinigung hat einen Berater für Strassen vorgeschlagen, was 8 Stunden pro Woche mit einem Stundentarif von 55 Euro über 52 Wochen entspricht – insgesamt also 22.880 Euro. Hinzu kämen diverse andere Kosten, um die Endsumme zu erlangen.

Der Bürgermeister hält den Dienst für interessant, um junge unerfahrene Eltern zu unterstützen. Betty Welter-Gaul (LSAP) fügt hinzu, dass der Staat auch eine Begleitung durch Hebammen anbietet, dieser Dienst jedoch auf sechs Besuche pro Schwangerschaft begrenzt ist. Der Dienst „BabyPLUS“ ermöglicht eine ausgedehntere Hilfestellung.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) unterstreicht zuerst, wie wichtig es ist, jungen Eltern Unterstützung anzubieten. Im Anschluss hebt er aber auch das Recht der Frauen hervor, sich im Falle einer problematischen Schwangerschaft frei über eine etwaige Abtreibung informieren zu dürfen. Er würde gerne wissen, ob das Schöffengericht dieses Thema bereits mit den Verantwortlichen von „Initiativ Liewensufank“ angesprochen hat. Falls nicht, bittet er darum, dies zu tun. Er erklärt, dass er das Thema anspricht aufgrund von Informationen, die er bezogen hat und denen zufolge diese Vereinigung einer Anti-Abtreibungsideologie nahestehen könnte.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) möchte betonen, dass das Schöffengericht keine Kenntnis von diesen Behauptungen hat. Ihres Wissens hat sich die Vereinigung nie zu diesem Thema geäußert. Dennoch ist sie der Meinung, dass das Schöffengericht durchaus mit den Verantwortlichen der Vereinigung darauf eingehen kann. Der Bürgermeister wirft ein, dass der Kontext des Projekts nicht im Zusammenhang mit der Abtreibungsthematik steht. Im Übrigen dürfte es den Mitarbeitern der Organisation nicht zustehen, in diese Richtung zu missionieren. „Planning familial“ wäre wohl der geeignetere Ansprechpartner für Ratschläge in Bezug auf einen Schwangerschaftsabbruch. In den Augen des Bürgermeisters haben die Personen, die am Projekt „BabyPLUS“ teilnehmen, ohnehin bereits die Entscheidung getroffen, ein Baby zu bekommen. Er verspricht trotzdem, dass das Thema mit den Vertretern von „Initiativ Liewensufank“ zur Sprache gebracht wird.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) ist nicht davon überzeugt, dass ein solcher Dienst gebraucht wird. Seiner Meinung nach gibt es schon eine ganze Reihe ähnlicher Angebote. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erwidert, dass sich das Projekt in erster Linie an Personen richtet, die sich nicht im familiären Kontext informieren können. In ihren Augen wäre ein solcher Dienst für zahlreiche Menschen von großem Nutzen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) bestätigt, dass es vor einiger Zeit eine Polemik bezüglich „Initiativ Liewensufank“ gab. Sie ist dennoch der Ansicht, dass die von der Vereinigung angebotenen Dienstleistungen sehr hilfreich erscheinen. Sie teilt die Auffassung, dass sich die Personen, die sich über eine Abtreibung informieren möchten, eher an andere Vereinigungen wenden. Als Apothekerin hat sie die Erfahrung gemacht, dass es tatsächlich einen großen Bedarf für einen entsprechenden Begleitdienst gibt. Auf ihre Frage hin erklärt der Bürgermeister, dass die Gemeinde Räumlichkeiten zur Verfügung stellen kann für die Beratungssitzungen der Personen, die keine Hausbesuche wünschen.

Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) erläutert der Bürgermeister, dass das Schöffengericht zufällig auf das Projekt aufmerksam wurde. Der Vorschlag, diesen Dienst einzurichten, würde insofern einem Bedarf entsprechen, als viele junge Paare im Rahmen einer Geburt mit Problemen konfrontiert sind.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) betrachtet einen solchen Dienst für viele junge Eltern als wertvoll. Es ist in seinen Augen nicht immer einfach, sich zuverlässig über solche Themen zu informieren, auch nicht im Internet.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) verweist auf ein Beratungsangebot mit einem Arzt, das es seinerzeit in der Ben-Heyart-Schule gab. Er fragt, ob diese Beratungsmöglichkeit noch gibt. Laut den Mitgliedern des Gemeinderats handelte es sich dabei um einen Dienst des Roten Kreuzes, der aber nicht mehr angeboten wird.

Auch Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) findet, dass ein derartiges Angebot für künftige

Mütter sehr wertvoll sein kann. Sie glaubt auch nicht, dass es eine Person, die eine Abtreibung vornehmen lassen möchte, davon abbringen würde. Diese kann sich schließlich auch an andere Organisationen wenden. Sie weist darauf hin, dass die Behauptungen gegen die Vereinigung auf einen Artikel aus dem Jahr 2010 über Abtreibung in Luxemburg zurückgehen. Ihres Wissens hat sich „Initiativ Liewensufank“ nicht gegen einen Schwangerschaftsabbruch ausgesprochen, sondern sich schlichtweg gar nicht zu dem Thema geäußert – in ihren Augen verständlich, da die Vereinigung ausschließlich in der Begleitung von Personen tätig ist, die bereits die Entscheidung getroffen haben, ein Kind zu bekommen.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) beharrt auf seiner Position und gibt an, das Treffen mit den Verantwortlichen der Vereinigung abzuwarten, bevor er eine Entscheidung trifft.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) ist der Ansicht, dass man die Bürgerinnen und Bürger gezielt über das Angebot informieren muss, falls es eingeführt wird. Das dürfte laut Bürgermeister kein Problem darstellen.

17. Personalfragen: Schaffung einer Stelle für den Bedarf des Betriebshofs.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde eine Stelle im Betriebshof („équipe de régie“) zu schaffen gedenkt. Die Idee besteht darin, einen zusätzlichen Mitarbeiter für den Forstdienst einzustellen, der unter akutem Personalmangel leidet. Derzeit stellt die Gemeinde nur einen Mitarbeiter zur Verfügung, was nicht ausreicht. Der Bürgermeister betont, dass der Forstdienst dieses Team nur für kommunale Projekte, wie beispielsweise den Waldfriedhof, heranziehen wird.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) wirft die Frage auf, ob sich die Gemeinde nicht eine Stelle mit der Gemeinde Bartringen teilen kann, da der Forstdienst auch in der Nachbargemeinde tätig ist. Laut Bürgermeister könnte über eine solche Lösung diskutiert werden.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) geht davon aus, dass der Klimawandel in den nächsten Jahren für ausreichend Arbeit in den Wäldern sorgen

wird. Daher wäre es in seinen Augen eine gute Idee, das Team zu verstärken. Für Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) wäre es wichtig, im Arbeitsvertrag zu erwähnen, dass die Arbeit im Auftrag der Gemeinde auszuführen ist. Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) begrüßt die Verstärkung des Forstdienstes.

Der Schaffung einer Stelle für den Bedarf des Betriebshofs wird einstimmig zugestimmt.

18. Verschiedenes.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass die kürzlich gebilligte Spende für ein humanitäres Projekt im Libanon nicht erfolgen kann, da sämtliche luxemburgischen Banken derzeit Überweisungen an Banken im Libanon ablehnen. Das Schöffenkollegium schlägt daher vor, ein anderes, in Luxemburg ansässiges Projekt zu unterstützen. Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) erläutert, dass es sich um ein Projekt zur Förderung der Bildung im Libanon handelt, um das sich die Vereinigung „Alphabetical Order of Lebanon“ kümmert. Letztere wurde von einem in Luxemburg lebenden anglo-libanesischen Staatsbürger gegründet. Ziel des Projekts ist es, die Bildung benachteiligter Kinder im Libanon zu unterstützen. Sie erinnert daran, dass der Libanon derzeit eine beispiellose Krise durchlebt, und betont, dass diese Krise zu einem ausgeprägten Schulabbruch geführt hat, wobei zu berücksichtigen ist, dass 70 % der libanesischen Schüler private und damit kostenpflichtige Schulen besuchen. Die Vereinigung hat bereits die Schulgebühren für 340 Schülerinnen und Schüler übernommen und unterstützt derzeit 40 Schulen. Die Verantwortlichen der Vereinigung arbeiten allesamt ehrenamtlich, so dass die Spenden integral in die Finanzierung der Bildungsprogramme fließen. Die Mitglieder des Gemeinderats billigen die Änderung des Verwendungszwecks der Spende.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) kündigt an, dass die Gemeinde ab dem 23. Februar über zwei „écrivains publics“ verfügt. Drei Einwohner der Gemeinde Strassen haben eine entsprechende von der ASTI angebotene Schulung absolviert, und zwei Damen haben sich bereit erklärt, diese Aufgabe der Schreibhilfe zu übernehmen. Es handelt sich um die pensionierte Sozialarbeiterin Pascale Waringo und um Monica Vergada, eine junge kolumbianische und in Luxemburg wohnhafte

Juristin. Beide bestehen auf strikter Freiwilligkeit. Der Bürgermeister erklärt, dass ein „écrivain public“ anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern dabei hilft, Verwaltungsangelegenheiten zu verstehen, Briefe zu schreiben oder auf Anordnungen zu reagieren. Die Bereitschaftszeiten des Schreibhilfe-Dienstes sind mittwochs von 9 bis 11 Uhr und von 14.30 bis 16.30 Uhr. Die Gemeinde stellt Räumlichkeiten und Material nach Bedarf zur Verfügung.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) lenkt die Aufmerksamkeit des Schöffenkollegiums auf ein Haus in der „Cité Oricher-Hoehl“, das kürzlich renoviert wurde. Sie erklärt, dass es um das Haus herum keinerlei Bepflanzung gibt und das gesamte Grundstück scheinbar vollständig versiegelt wurde. Sie stellt sich die Frage, ob dies wohl der kommunalen Bauordnung entspricht. Der Bürgermeister verspricht, dies zu prüfen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) macht auf den schlechten Zustand der Wege in der „Cité Pescher“ aufmerksam. Der Bürgermeister verspricht, sich des Problems anzunehmen. Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Meinung, dass die Mitglieder der einzelnen Kommissionen über die jüngsten vom Gemeinderat verabschiedeten Änderungen informiert werden müssten. Sie hat den Eindruck, dass nicht alle ins Bild gesetzt wurden. Ferner würde sie gerne wissen, ob die Klassenfahrt „Schneeklasse“ nach Steinach dieses Jahr stattfindet. Der Bürgermeister verneint. Sie kann aufgrund der Pandemie dieses Jahr nicht organisiert werden, das Geld wird der Gemeinde zurückerstattet. In seinen Augen sollte man ohnehin überlegen, ob eine solche Klassenfahrt angesichts des Klimawandels in der heutigen Zeit überhaupt noch vertretbar ist. Da könnte mit den Lehrkräften bestimmt eine Alternative ausgearbeitet werden. Martine Dieschburg-Nickels begrüßt diesen Vorschlag.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) weist auf Verkehrsprobleme an der Kreuzung Route d'Arlon – Rue Raoul Follereau sowie einen gefährlichen Fußgängerüberweg an dieser Stelle hin. Das Schöffenkollegium verspricht, die Sache zu prüfen. Vor diesem Hintergrund schwärmt Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) von den Ampelanlagen in der Schweiz, die eine bessere Verkehrskontrolle ermöglichen.

Paul Klensch (LSAP) teilt mit, dass Anwohner der Rue Marie Curie an ihn herangetreten sind und über Risse in den Bodenplatten ihrer Wohnung berichtet haben. Es ist zu befürchten, dass die Baustelle in der Nähe die Ursache dafür ist. Der Bürgermeister will sich entsprechend informieren.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) ist der Ansicht, dass die Verkehrsprobleme auf der Route d'Arlon zwischen der Rue de Reckenthal und dem CHL ein unerträgliches Ausmaß erreicht haben. In seinen Augen muss für diesen Abschnitt dringend eine Lösung gefunden werden. Marc Fischer (DP) schlägt vor, im Zuge der Renovierung des Rathauses die für ein Streaming der Gemeinderatssitzungen erforderliche Ausrüstung zu installieren. Im Namen von Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP), der die Sitzung frühzeitig verlassen musste, erkundigt er sich ferner, ob die Gemeinde bereits die Gelegenheit hatte, sich um einen vernachlässigten Obstgarten in der Rue de Reckenthal zu kümmern. Der Bürgermeister erwidert, dass er das Naturschutzsyndikat SICONA informiert hat. Er verspricht, das Thema beim nächsten Treffen anzusprechen. Anschließend erkundigt sich Marc Fischer (DP) noch nach einer Straße im nördlichen Bereich des „Pescher“-Viertels, die seines Wissens hätte gebaut werden sollen. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass es sich nicht um eine richtige Straße handelt, sondern um einen temporär angelegten Weg für Lastwagen während der Bauarbeiten.

19. Personalfragen: Beschluss über zwei Gruppenwechsel (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).

Séance du conseil communal du 26 janvier 2022

ORDRE DU JOUR

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 10.11.2021.
2. Approbation d'un compromis de vente.
3. Approbation de plusieurs contrats de bail.
4. Confirmation de règlements temporaires de circulation.
5. Adoption de la convention tripartite entre l'État, l'Office social et la commune pour l'année 2022.
6. Approbation de la convention initiale Pacte Logement 2.0.
7. Approbation d'un avenant à la convention tripartite de l'année 2021 entre l'État, la Croix-Rouge et la commune relative à la Maison Relais.
8. Approbation d'un avenant à la convention tripartite de l'année 2021 entre l'État, la Caritas et la commune relative à la crèche Pescher.
9. Adoption de la convention tripartite entre l'État, la Caritas et la commune de Strassen relative à la crèche Pescher pour l'année 2022.
10. Approbation d'un devis relatif au réaménagement de la maison communale (supprimé de l'ordre du jour).
11. Décision portant sur une demande de subside extraordinaire.
12. Désignation d'un délégué aux transports publics.
13. Adoption d'un contrat dans le cadre de la mobilité « FLEX ».
14. Décision portant sur un droit de préemption.
15. Décision de principe pour la prise en charge des frais de notaire lors de cessions gratuites de parcelles cadastrales.
16. Présentation d'un projet de convention avec l'association sans but lucratif « Initiativ Liewensufank ».
17. Affaires de personnel :
 - a. Création de poste pour les besoins de l'équipe de régie.
18. Divers.
19. Affaires de personnel (huis clos) :
 - a. Décision portant sur deux changements de groupe

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1^{er} échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2^e échevin. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Jean-Marie Durrer (CSV) ; Victoria El Khoury (LSAP) ; Marc Fischer (DP) ; Laurent Glesener (DP) ; François Gleis (CSV) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Claire Remmy (déi Gréng), conseillers. Secrétaire : Christian Muller.

Modification de l'ordre du jour.

À cause d'une erreur matérielle, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) propose d'ajourner l'approbation d'un devis relatif au réaménagement de la maison communale à une réunion ultérieure. Le point 10 de l'ordre du jour est ainsi supprimé.

La modification de l'ordre du jour est approuvée unanimement.

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 10.11.2021.

Les membres du conseil communal n'ont aucune observation à faire à propos du compte-rendu de la séance du 10.11.2021.

Le procès-verbal est approuvé unanimement.

2. Approbation d'un compromis de vente.

Le conseil est appelé à approuver l'acquisition de 4 parcelles au lieu-dit « Merler Maerchen » d'une superficie totale de 139,3 ares. Le prix de vente total se chiffre à 4.875.500 euros, soit 35.000 euros par are.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle que cette acquisition a déjà été discutée au sein du conseil communal. Il remarque qu'une partie des parcelles se situe dans le couloir du futur contournement de Merl. Il estime que cela ne constitue pas un problème, puisque la commune pourra le cas échéant échanger

des parcelles avec l'État. Il est d'avis que l'acquisition de terrains à cet endroit est intéressante pour la commune.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) est d'avis que la commune devrait demander une entrevue avec le comité d'acquisition du Ministère des Finances afin de savoir si l'État est effectivement intéressé par un échange. Le bourgmestre promet que cela sera fait. Le conseiller François Gleis (CSV) est également d'avis que la commune devrait s'informer en détail sur les progrès du contournement de Merl.

Le compromis de vente est approuvé unanimement.

3. Approbation de plusieurs contrats de bail.

Le conseil est appelé à approuver trois contrats de bail concernant des logements de la commune. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique qu'un des contrats concerne un jeune couple dont l'appartement situé route d'Arlon a été détruit récemment par un incendie. La commune compte soutenir le couple en lui louant temporairement un appartement. Les deux autres contrats concernent des personnes qui étaient déjà logées dans des logements sociaux de la commune. Une de ces personnes déménage dans un appartement à loyer normal, l'autre change d'appartement au sein du même immeuble pour faciliter l'accès à une personne handicapée.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) s'étonne du fait que la commune demande une garantie bancaire au couple dont l'appartement a été détruit. Le collègue échevinal explique que c'est une solution temporaire, que le couple dispose d'un revenu adéquat et que de tels frais sont normalement couverts par l'assurance.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) regrette que les charges de l'un des appartements soient très élevées. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'immeuble en question présente une mixité sociale au niveau des locataires. Il dispose donc d'un ascenseur et d'un service de nettoyage, ce qui explique les charges élevées.

Les trois contrats de bail sont approuvés à l'unanimité.

4. Confirmation de règlements temporaires de circulation.

Le conseil est appelé à approuver plusieurs règlements temporaires de circulation concernant des chantiers dans la route d'Arlon et sur la Chaussée Blanche.

Les règlements temporaires de circulation sont approuvés à l'unanimité.

5. Adoption de la convention tripartite entre l'État, l'Office social et la commune pour l'année 2022.

Le conseil est appelé à approuver la convention tripartite entre l'État, l'Office social et la commune pour l'année 2022. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que les frais de personnel sont partagés entre l'État et la commune. La convention prévoit un poste d'assistant social par 6.000 habitants. Pour 12.000 habitants, un poste d'assistant social supplémentaire et un poste administratif sont prévus. Betty Welter-Gaul (LSAP) rappelle que l'État avait déjà accordé un demi-poste d'assistant social supplémentaire lorsque la population de la commune avait atteint 8.000 habitants.

L'échevin tient à remercier toute l'équipe de l'Office social et les membres du conseil d'administration pour leur excellent travail. Elle explique que les frais de fonctionnement de l'Office social et les jetons et indemnités du conseil sont également pris en charge à 50 % par l'État. Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que la convention prévoit une plate-forme de coopération entre l'État, la commune et l'Office social, permettant le suivi du travail de ce dernier. Elle rappelle que l'Office social collabore aussi avec le Fonds Européen d'Aide aux plus Démunis (FEAD), notamment dans le contexte de l'épicerie sociale.

Une annexe de la convention concerne le tiers payant social. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) indique que 139 personnes ont bénéficié d'un carnet d'étiquettes du tiers payant social en 2021. Cela correspond à 48 familles. Elle rappelle que la prise en charge dans ce contexte est limitée à six mois et que la demande doit être renouvelée après ce délai. 19 demandes de prolongation ont ainsi été accordées. 95 % des bénéficiaires remboursent leur part patient à l'Office social. En ce qui concerne l'assistance aux ménages en

situation de précarité énergétique, aucune demande n'a été reçue. Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que c'est dû en partie à la pandémie et à l'impossibilité de faire des visites à domicile. Une autre raison est que la plupart des bénéficiaires sont locataires et qu'ils ne remplacent donc pas eux-mêmes leurs appareils ménagers.

Betty Welter-Gaul (LSAP) annonce que l'Office social a déjà traité 65 dossiers depuis le début de l'année. Considérant que le nombre de dossiers traités est passé de 217 en 2019 à 274 dossiers en 2020 et à 266 dossiers en 2021, elle craint que le nombre de bénéficiaires n'augmente encore.

Le conseiller François Gleis (CSV) remercie l'équipe de l'Office social et les membres du conseil d'administration pour leur travail. Il est d'avis que l'État devrait accorder un demi-poste d'assistant social à la commune à partir de 10.000 habitants. Le collègue échevinal explique que la commune a déjà reçu un demi-poste en avance à 8.000 habitants. Celui-ci devait en principe seulement être accordé à 9.000 habitants. Il n'est donc pas probable que l'État accorde un demi-poste supplémentaire à 10.000 habitants.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) remercie également l'équipe de l'Office social. Elle estime que l'augmentation du nombre de bénéficiaires démontre à quel point le travail de l'Office social est important et nécessaire. Elle pense dès lors que le Ministère de la Famille, de l'Intégration et à la Grande Région devrait réfléchir à revoir le ratio à la base de la répartition des postes.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) aimerait savoir quelle est la raison de la récente augmentation du nombre de dossiers. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique qu'il s'agit en partie de dossiers anciens, mais estime aussi que la crise actuelle est l'une des raisons principales. Elle pense aussi que la commune devrait proposer d'augmenter la tâche de Tania Martins lors de la prochaine réunion de la plate-forme de coopération. Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime qu'il faudra surveiller l'évolution du nombre de bénéficiaires.

Le conseiller Marc Fischer (DP) partage l'avis qu'il faut surveiller cette évolution et estime que la commune

doit analyser les raisons précises à l'aide de données anonymisées. Il est d'avis que cela permettrait de voir s'il s'agit d'un effet de la crise actuelle ou s'il y a d'autres raisons sous-jacentes. Le collègue échevinal promet de faire une telle analyse pour la prochaine réunion du conseil communal.

La convention tripartite entre l'État, l'Office social et la commune pour l'année 2022 est approuvée à l'unanimité.

6. Approbation de la convention initiale Pacte Logement 2.0.

Le conseil est appelé à approuver la convention initiale Pacte logement 2.0. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle que la commune ne pourra pas recourir à un conseiller interne comme prévu initialement, et qu'elle fera dès lors appel à un conseiller externe. La commune a choisi le bureau d'études Schroeder & Associés, avec les conseillers Jean-Luc Weidert, Martine Schummer et Olivier Zirnheld. La convention inclut 180 heures de conseil par an, avec un supplément de 60 heures pour des projets intercommunaux ou des projets nécessitant une consultation des citoyens.

Le bourgmestre propose d'organiser dès que possible une réunion « grands projets », afin de permettre à Jean-Luc Weidert d'expliquer les grandes lignes du pacte aux membres du conseil. Le collègue échevinal a aussi prévu une entrevue pour la semaine prochaine avec les représentants du Fonds du Logement et de la Société Nationale des Habitations à Bon Marché (SNHBM), afin de discuter des possibilités de collaboration. Le bourgmestre estime que la deuxième mouture du pacte logement comporte beaucoup de changements. La commune a par exemple droit à un certain pourcentage de tout nouveau PAP d'une certaine taille pour construire des logements sociaux. Il estime qu'il est dès lors encore plus important de se concerter avec les promoteurs.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) partage cette opinion. Elle aimerait savoir ce qui se cache exactement derrière le concept du Programme d'Action locale Logement (PAL) mentionné dans le plan. Le bourgmestre estime que les détails de ce concept devront effectivement être précisés. Pour

donner un exemple, il pense que cela signifie que la commune a droit à 2.000 mètres carrés sur un PAP de 10.000 mètres carrés mais que, en contrepartie, le promoteur a le droit d'augmenter la surface construite totale de 10 %. Il estime qu'idéalement la commune a donc droit à son propre immeuble au sein du PAP pour développer des logements sociaux. Il estime néanmoins qu'il faudra attendre les explications du bureau d'études pour clarifier tous les détails. Sur demande de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), le bourgmestre indique que les dispositions du nouveau pacte entreront en vigueur à partir du 18 février 2022. Jusqu'à cette date, l'ancien pacte restera en vigueur.

Le conseiller François Gleis (CSV) est également d'avis que le pacte logement 2.0 apporte beaucoup de changements. Il estime qu'il faudra voir si le nouveau PAG est encore adapté aux nouvelles dispositions. Le bourgmestre répète que tout cela pourra être discuté lors de l'entrevue avec l'expert du bureau d'études.

La convention initiale pacte logement 2.0 est approuvée à l'unanimité.

7. Approbation d'un avenant à la convention tripartite de l'année 2021 entre l'État, la Croix-Rouge et la commune relative à la Maison-Relais (voir point 8).

8. Approbation d'un avenant à la convention tripartite de l'année 2021 entre l'État, la Caritas et la commune relative à la crèche Pescher.

Le conseil est appelé à approuver deux avenants aux conventions relatives à la Maison Relais et à la crèche Pescher. Le bourgmestre explique que les avenants concernent un supplément de personnel nécessaire en raison de la pandémie. Les avenants prévoient que les heures supplémentaires sont payées de la même façon que les heures normales, les coûts étant partagés entre l'État qui finance 75 % des frais et la commune qui finance les 25 % restants. Le bourgmestre explique qu'une augmentation du personnel est de toute façon difficile à réaliser, car il y a actuellement une pénurie de personnel en raison de la vague d'infections. Il salue l'excellent travail dans la

Maison Relais et la crèche en dépit de cette situation difficile.

Les deux avenants sont approuvés à l'unanimité.

9. Adoption de la convention tripartite entre l'État, la Caritas et la commune de Strassen relative à la crèche Pescher pour l'année 2022.

Le conseil est appelé à approuver la convention tripartite entre l'État, la Caritas et la commune de Strassen relative à la crèche Pescher pour l'année 2022. Le bourgmestre explique que la convention correspond en tout point aux conventions des années précédentes. La convention est approuvée à l'unanimité.

10. Approbation d'un devis relatif au réaménagement de la maison communale.

Ce point est supprimé de l'ordre du jour.

11. Décision portant sur une demande de subside extraordinaire.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) explique que la Fanfare Stroossen a fait la demande d'un subside extraordinaire pour dépense coûteuse. La dépense concerne un instrument de musique, plus précisément une grosse caisse, ainsi que 75 vestes « soft shell » avec le logo de la fanfare. Les vestes sont utilisées pour les concerts en été au cours desquels le port de l'uniforme ordinaire n'est pas possible à cause de la chaleur. Le montant total du devis s'élève à 4.938,54 euros et la loi prévoit la possibilité de remboursement d'un tiers de cette somme par la commune. Sous réserve d'approbation, le subside s'élève donc à 1.646,18 euros.

Dans le contexte de subsides normaux, le bourgmestre annonce que le collège échevinal présentera bientôt un nouveau règlement sur les subsides au sein de la commission des finances.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) est d'avis que les associations peuvent chercher des sponsors pour des acquisitions telles que des vestes au lieu de demander une subvention. Le bourgmestre estime que ce n'est pas réaliste pour une fanfare.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) se rattache à la position de Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) quant au sponsoring, mais estime également que c'est difficilement réalisable pour une fanfare. Il pense cependant que des vestes ne sont pas comparables aux uniformes et que la fanfare devrait payer de tels vêtements elle-même. Il craint que d'autres associations puissent également faire de telles demandes. Il concède que la fanfare organise beaucoup d'événements et contribue ainsi à la vie culturelle, mais n'est pas persuadé que la commune devrait financer ces vestes. Le bourgmestre explique qu'il peut très bien comprendre cette position. Il déclare être prêt à accorder une subvention seulement pour l'instrument de musique.

Le conseiller Marc Fischer (DP) se rattache à Laurent Glesener (DP). Il souligne le besoin de soutenir les associations et les activités de la fanfare, mais estime que la commune ne devrait pas créer de précédent en finançant ces vestes. Il pense qu'il serait préférable que la commune finance des uniformes adaptés à l'été. Sur demande du conseiller Marc Fischer (DP), le bourgmestre confirme que toutes les demandes de subvention sont en principe discutées au sein du conseil communal.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) souligne que les vestes sont aussi prévues pour protéger les musiciens de la pluie. Il estime que la commune devrait accorder la subvention.

Le conseiller François Gleis (CSV) souligne le rôle important que la fanfare joue dans le cadre des fêtes populaires. Il estime que les membres de la fanfare doivent disposer de vêtements adaptés à la pluie et pense donc que la commune doit subventionner les vestes.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) est également d'avis que la commune doit subventionner les vestes pour autant qu'elles constituent une sorte d'uniforme et qu'elles soient seulement portées lors des manifestations publiques. Il estime qu'il est généralement difficile de mobiliser les associations à participer aux fêtes locales et souligne que la fanfare est l'un des fleurons de la vie associative. Il remarque que la participation de la commune à l'achat des

vestes ne se chiffre qu'à environ 1.600 euros, ce qui est parfaitement raisonnable.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) est d'avis que la commune doit clairement définir quelles dépenses sont subventionnables. Il estime qu'il n'est pas juste de refuser une dépense alors que les règles ne sont pas claires lors de la demande. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) estime que cette proposition est excellente et qu'elle pourra être discutée en commission.

Le conseiller François Gleis (CSV) souligne la présence systématique de la fanfare lors de toutes les fêtes officielles. Il estime que son engagement élevé justifie un subventionnement important.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime que l'engagement de la fanfare ne doit pas dépendre des subsides reçus. Il est d'avis qu'il ne faut faire une différence entre les associations sur base de leurs activités, qui ne sont pas toutes comparables.

Le conseiller Marc Fischer (DP) est d'avis que toutes les associations ont leur importance dans des contextes différents. Il craint qu'un nouveau règlement élaboré en commission n'arrive trop tard. Il propose que la commune concède seulement une subvention pour l'instrument, tout en priant la fanfare de faire une nouvelle demande au sujet des vestes après qu'un nouveau règlement sur les subsides ait été élaboré.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) est également d'avis qu'il est préférable d'ajourner la décision sur ce subside en attendant un nouveau règlement, quitte à devoir élaborer ledit règlement dans un délai bref. Elle craint qu'une décision perçue comme arbitraire n'entraîne des désaccords avec d'autres associations.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ne pense pas que l'on puisse différencier les associations sur base de leurs activités.

Le conseiller François Gleis (CSV) ne partage pas l'avis qu'il faut attendre un nouveau règlement. Il pense qu'il faut prendre une décision sur base du règlement en vigueur.

Le bourgmestre remarque que la discussion au sein de la commission n'est pas censée porter sur le règlement sur les dépenses extraordinaires. Il estime qu'il faudra donc informer la commission sur cet aspect supplémentaire.

Sur demande de la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), l'échevin Jean Claude Roob (LSAP) confirme que le règlement sur les dépenses extraordinaires prévoit le subventionnement d'un tiers des dépenses. Il donne lecture du règlement aux membres du conseil.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) propose de voter uniquement le subside pour la grosse caisse et d'ajourner le vote sur les vestes. Le conseiller Laurent Glesener (DP) remarque que la commune doit en principe exiger trois offres différentes pour les vestes. Après un bref débat, le bourgmestre propose d'ajourner entièrement la décision relative à cette demande afin que celle-ci puisse être prise en bonne et due forme à une date ultérieure.

La décision portant sur une demande de subside extraordinaire est ajournée unanimement.

12. Désignation d'un délégué aux transports publics.

Conformément à l'article 12 de la loi modifiée du 5 février 2021, le conseil communal est appelé à désigner parmi ses membres un délégué aux transports publics. Celui-ci aura pour mission d'assurer la communication entre la commune et ses habitants et l'administration pour toute question d'organisation des transports publics. Le collègue échevinal propose de désigner le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) comme délégué aux transports publics et l'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) comme suppléant.

Le conseiller François Gleis (CSV) salue la création de cette fonction. Il est d'avis que le bourgmestre est la bonne personne pour remplir ce rôle.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) est désigné unanimement comme délégué aux transports publics. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) est désignée majoritairement comme suppléant, avec une abstention.

13. Adoption d'un contrat dans le cadre de la mobilité « FLEX ».

Le conseil est appelé à approuver un contrat dans le cadre du système de carsharing CFL « FLEX ». Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle qu'un premier contrat a été conclu pour la mise à disposition de deux voitures près de la maison communale et deux véhicules dans la cité « Pescher ». Le bourgmestre explique que le niveau d'utilisation du système est toujours satisfaisant, avec 150 réservations à la station « Pescher » et 373 réservations à la station « commune ». Selon Nicolas Pundel (CSV), les véhicules à la station « Pescher » peuvent changer d'emplacement si l'utilisation s'avère trop faible. Le collègue échevinal est également en pourparlers pour étendre l'offre de location avec un fourgon.

Le présent contrat prévoit la mise à disposition de deux véhicules supplémentaires à moteur thermique dans la rue Mathias Saur.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) aimerait savoir quel type de fourgon est envisagé. Le bourgmestre explique qu'il s'agit d'un simple fourgon à caisse fermée adapté au transport d'objets encombrants.

Sur demande du conseiller François Gleis (CSV), le bourgmestre confirme que les véhicules « Flex » peuvent aussi être utilisés en dehors du Luxembourg.

Léandre Kandel (DP) estime qu'une nouvelle station dans la rue du Kiem ferait plus de sens. Le conseiller Laurent Glesener (DP) pense qu'il faut mieux promouvoir le système. Le bourgmestre remarque que l'opérateur est très satisfait de l'utilisation de la station « commune » qui fait partie des stations les plus utilisées de tout le réseau. Par ailleurs, il est d'avis qu'un seul véhicule pourrait suffire au « Pescher ».

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) est d'avis que l'utilisation du système « Flex » dans la commune est plus que satisfaisante. Elle salue l'ajout d'un fourgon à l'offre et estime que la commune de Bertrange a fait de bonnes expériences avec une telle offre.

Le contrat dans le cadre de la mobilité « FLEX » est approuvé unanimement.

14. Décision portant sur un droit de préemption.

La commune a reçu une demande relative à l'exercice de son droit de préemption. Le collège échevinal propose de ne pas exercer le droit de préemption dans ce cas. Le bourgmestre remarque qu'il s'agit d'une demande assez particulière puisqu'elle concerne trois lots de terrains, dont un qui se situe sur le territoire de la Ville de Luxembourg. Il n'est même pas persuadé qu'une telle demande soit admissible.

L'exercice du droit de préemption est rejeté unanimement.

15. Décision de principe pour la prise en charge des frais de notaire lors de cessions gratuites de parcelles cadastrales.

Le collège échevinal propose qu'à l'avenir, la commune prenne en charge les frais de notaire lors de la cession gratuite de parcelles servant à l'aménagement communal. Le bourgmestre estime qu'il n'est pas équitable de faire payer ces frais aux propriétaires lorsque ceux-ci font une cession gratuite au profit de la commune.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) annonce que sa fraction salue cette initiative, car l'ancienne pratique était effectivement incompréhensible.

La décision de principe est approuvée à l'unanimité.

16. Présentation d'un projet de convention avec l'association sans but lucratif « Initiativ Liewensufank ».

Le collège échevinal présente une convention avec l'« Initiativ Liewensufank a.s.b.l » pour offrir son service « BabyPLUS » à Strassen. Le projet a pour mission d'offrir à titre gratuit aux familles concernées par la naissance d'un bébé un accompagnement par des professionnels de la petite enfance tout au long de la première année de vie de l'enfant.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique qu'il n'y aura pas de vote lors de la session actuelle, mais qu'il s'agit seulement de la présentation de la convention.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que le service vise à développer les compétences des parents et renforcer le lien parents-enfant. Un autre objectif est l'identification d'éventuels problèmes afin d'y remédier. Des conseillers professionnels sont disponibles dès la grossesse pour donner des conseils pratiques aux jeunes parents et pour répondre à tous leurs soucis et questions.

Les consultations sont gratuites pour les parents et réalisables en plusieurs langues dont le luxembourgeois, le français, l'allemand, l'anglais et le portugais. Des interprètes sont disponibles pour d'autres langues. Le budget prévisionnel du projet s'élève à 23.880 euros à charge de la commune. L'association a proposé un conseiller pour Strassen, ce qui fait 8 heures par semaine avec un tarif horaire de 55 euros sur 52 semaines, ce qui ferait 22.880 euros. À cela s'ajoutent des frais divers pour arriver à la somme finale.

Le bourgmestre estime qu'il s'agit d'un service intéressant pour aider les jeunes parents inexpérimentés. Betty Welter-Gaul (LSAP) remarque que l'État offre aussi un accompagnement par des sages-femmes, mais que ce service se limite à six visites par grossesse. Le service « BabyPLUS » permet un accompagnement plus conséquent.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) souligne tout d'abord l'importance de donner un support aux jeunes parents. Il souligne aussi le droit des femmes à pouvoir librement s'informer sur un éventuel avortement si la grossesse pose un quelconque problème. Il aimerait savoir si le collège échevinal a déjà abordé ce sujet avec les responsables de l'association « Initiativ Liewensufank » et, dans le cas contraire, il demande que ce soit fait. Le conseiller explique qu'il aborde ce sujet car il a eu connaissance d'informations selon lesquelles cette association pourrait être proche d'une idéologie anti-avortement.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) tient à souligner que le collège échevinal n'a pas connaissance de ces allégations. À sa connaissance, l'association ne s'est jamais prononcée sur le sujet. Elle estime néanmoins que le collège échevinal peut très bien en discuter avec les responsables de l'association. Le bourgmestre estime que le contexte du projet n'a

pas de lien avec la thématique de l'avortement. Par ailleurs, les collaborateurs de l'association n'ont pas à faire de prosélytisme dans ce sens. Il estime que le Planning familial est plutôt la bonne adresse pour des conseils à propos d'un avortement. Les personnes qui participent au projet « BabyPLUS » ont de toute façon déjà pris la décision de mettre au monde un bébé. Il promet néanmoins que le sujet sera abordé avec les représentants de « Initiativ Liewensufank ».

Le conseiller Léandre Kandel (DP) n'est pas persuadé qu'il y ait besoin d'un tel service. Il estime qu'il existe déjà une multitude d'offres similaires. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que le projet s'adresse surtout aux personnes qui ne peuvent pas s'informer dans le cadre familial. Elle est d'avis qu'un tel service est très utile à de nombreuses personnes.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) confirme qu'il y a eu une polémique au sujet de « Initiativ Liewensufank » il y a quelque temps. Elle estime néanmoins que les services offerts par l'association semblent très utiles. Elle partage l'opinion que les personnes voulant s'informer sur un avortement s'adressent plutôt à d'autres associations. Son expérience de pharmacienne a montré qu'il existe effectivement un besoin élevé pour un tel service d'accompagnement. Sur demande de la conseillère, le bourgmestre explique que la commune peut mettre à disposition des locaux destinés aux séances de conseil pour les personnes qui ne veulent pas de visite à domicile.

Sur demande de la conseillère Victoria El Khoury (LSAP), le bourgmestre explique que le collège échevinal a été rendu attentif au projet par hasard. La proposition de mettre en place le service répond à un besoin dans le sens où beaucoup de jeunes couples sont confrontés à des problèmes dans le contexte d'une naissance.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) estime qu'un tel service peut être précieux pour de nombreux jeunes parents. Il n'est pas toujours facile de s'informer de façon fiable à propos de tels sujets, même via internet.

Le conseiller François Gleis (CSV) remarque qu'à l'époque il y avait une offre de conseil dans l'école Ben Heyart avec un médecin. Il demande si cette offre existe toujours. Les membres du conseil communal

pensent qu'il s'agissait d'un service de la Croix-Rouge et que celui-ci n'est plus offert.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) est également d'avis qu'une telle offre peut être très précieuse pour les futures mères. Elle n'est pas d'avis que cela puisse dissuader une personne voulant avorter, car celle-ci peut s'adresser à d'autres organisations. Elle souligne que les allégations contre l'association proviennent d'un article datant de 2010 sur l'avortement au Luxembourg. « Initiativ Liewensufank » ne s'est pas prononcée contre l'avortement, mais ne s'est tout simplement pas prononcée à ce sujet. C'est compréhensible puisque l'association est exclusivement active dans l'accompagnement de personnes qui ont déjà pris la décision d'avoir un enfant. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) reste sur sa position et déclare qu'il attendra l'entrevue avec les responsables de l'association pour se prononcer.

Le conseiller Marc Fischer (DP) est d'avis qu'il faudra informer les personnes de façon ciblée sur cette offre si elle est introduite. Le bourgmestre estime que cela ne constitue pas un problème.

17. Affaires de personnel : Création de poste pour les besoins de l'équipe de régie.

Le bourgmestre explique que la commune compte créer un poste dans l'équipe de régie. L'idée est d'avoir un collaborateur supplémentaire pour le service forestier qui souffre d'un manque de personnel aigu. Actuellement, la commune contribue à hauteur d'un seul collaborateur, ce qui ne suffit pas. Il souligne que le service forestier fera appel à cette équipe uniquement pour les projets communaux, comme par exemple le cimetière forestier.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) demande si la commune ne peut pas partager un poste commun avec la commune de Bertrange puisque le service forestier est aussi actif dans la commune voisine. Le bourgmestre estime qu'une telle solution peut être discutée.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) estime que le changement climatique fournira assez de travail dans les forêts dans les prochaines années. Il estime que c'est

donc une bonne idée de renforcer l'équipe. Le conseiller François Gleis (CSV) est d'avis qu'il faut s'assurer que le contrat de travail mentionne que le travail doit être effectué pour le compte de la commune. Le conseiller Marc Fischer (DP) salue le fait que le service forestier soit renforcé.

La création d'un poste pour les besoins du service régie est approuvée à l'unanimité.

18. Divers.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le don approuvé il y a peu de temps pour un projet humanitaire au Liban ne peut pas être réalisé car toutes les banques luxembourgeoises refusent actuellement les transferts vers des banques au Liban. Le collègue échevinal propose donc de soutenir un autre projet implanté au Luxembourg. La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) explique qu'il s'agit d'un projet qui soutient l'éducation au Liban, réalisé par l'association « Alphabetical Order of Lebanon ». Il s'agit d'une association fondée par un ressortissant anglo-libanais habitant au Luxembourg. L'objectif du projet est de soutenir l'éducation des enfants défavorisés au Liban. Elle rappelle que le Liban traverse actuellement une crise sans précédent et souligne que cette crise a provoqué une déscolarisation marquée, sachant que 70 % des élèves libanais fréquentent des écoles privées et donc payantes. L'association a déjà payé les frais de scolarité de 340 élèves et soutient actuellement 40 écoles. Tous les responsables de l'association travaillent bénévolement et donc, l'intégralité des dons est utilisée pour le financement des programmes éducatifs. Les membres du Conseil approuvent ce changement d'affectation du don.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) annonce que la commune disposera de deux écrivains publics à partir du 23 février. Trois résidents de la commune de Strassen ont suivi une formation correspondante offerte par l'ASTI et deux dames se sont déclarées prêtes à remplir cette tâche. Il s'agit de l'assistante sociale en retraite Pascale Waringo et de Monica Vergada, une jeune juriste colombienne habitant au Luxembourg. Toutes les deux ont insisté sur un strict bénévolat. Le bourgmestre rappelle que l'écrivain public doit aider les personnes à comprendre les affaires administratives et à les aider à

écrire des lettres ou à répondre à des injonctions. Les heures de permanence du service sont les mercredis, de 9 à 11 heures et de 14.30 à 16.30 heures. La commune met à disposition les locaux et les équipements nécessaires.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) attire l'attention du collège échevinal sur une maison dans la cité « Oricher-Hoehl », qui a été récemment rénovée. Elle explique qu'il n'y a aucune plantation autour de la maison et que tout le périmètre de la maison semble avoir été entièrement scellé. Elle se pose la question si c'est bien conforme au règlement des bâtisses. Le bourgmestre promet de s'informer à ce sujet.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) attire l'attention sur le mauvais état des sentiers au « Pescher ». Le bourgmestre promet de s'occuper du problème. Martine Dieschburg-Nickels (DP) est d'avis qu'il faut informer les membres des commissions consultatives sur les récents changements votés par le conseil communal. Elle a l'impression que tout le monde n'a pas été informé. La conseillère aimerait aussi savoir si la classe de neige à Steinach aura lieu cette année. Le bourgmestre annonce que la classe de neige ne pourra pas avoir lieu en raison de la pandémie. La commune sera remboursée. Il estime aussi qu'il faudra réfléchir si une classe de neige est encore défendable de nos jours en raison du changement climatique. Il pense qu'une autre formule pourrait être élaborée avec le corps enseignant. Marine Dieschburg-Nickels salue cette proposition.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) attire l'attention sur des problèmes de trafic au niveau de l'intersection entre la route d'Arlon et la rue Raoul Follereau, ainsi que sur un passage pour piétons dangereux à cet endroit. Le collège échevinal promet d'examiner le problème. Dans ce contexte, le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) vante les mérites des systèmes de feux de signalisation en Suisse qui permettent de mieux contrôler le trafic.

Paul Klensch (LSAP) explique aussi avoir été informé par des habitants de la rue Marie Curie à propos de fissures dans les dalles de leur logement. Il est à craindre que le chantier à proximité n'en soit la cause. Le bourgmestre promet de s'informer.

Le conseiller Marc Fischer (DP) estime que les problèmes de circulation sur le tronçon de la route d'Arlon entre la rue Reckenthal et le CHL ont atteint des proportions insoutenables. Il est d'avis qu'une solution doit être cherchée d'urgence. Marc Fischer (DP) propose aussi de profiter de la rénovation de la maison communale pour installer l'équipement nécessaire à la retransmission via streaming des séances du Conseil communal. Au nom du conseiller Laurent Glesener (DP) qui a dû quitter la réunion du Conseil avant la fin, il demande si la commune a déjà pu s'occuper d'un verger délaissé dans la rue Reckenthal.

Le bourgmestre explique qu'il a informé le SICONA. Il promet d'aborder le sujet lors de la prochaine entrevue. Marc Fischer (DP) demande également des informations à propos d'une rue dans le secteur nord du quartier « Pescher » qui, à ses yeux, aurait dû être construite. Le bourgmestre estime qu'il ne s'agit pas d'une vraie rue, mais d'un chemin temporaire pour les camions pendant les travaux de construction.

19. Affaires de personnel : Décision portant sur deux changements de groupe (huis clos).

Communal Council meeting of 26 January 2022

AGENDA

1. Approval of the minutes of the meeting of 10.11.2021.
2. Approval of a sale agreement.
3. Approval of several leases.
4. Confirmation of temporary traffic regulations.
5. Adoption of the tripartite agreement between the State, the Social Office and the Commune for 2022.
6. Approval of the initial agreement on the Housing Pact 2.0.
7. Approval of an amendment to the 2021 tripartite agreement between the State, the Red Cross and the Commune on the "Maison relais".
8. Approval of an amendment to the 2021 tripartite agreement between the State, Caritas and the Commune relating to the "Pescher" crèche.
9. Adoption of the 2022 tripartite agreement between the State, Caritas and the Commune on the Pescher crèche.
10. Approval of an estimate for the refurbishment of the Town Hall (deleted from the agenda).
11. Decision on an extraordinary subsidy application.
12. Appointment of a public transport officer.
13. Adoption of a FLEX mobility contract.
14. Decision on a right of pre-emption.
15. Policy decision on the coverage of notary fees in the case of free transfers of cadastral plots.
16. Presentation of a draft agreement with the non-profit association "Initiativ Liewensufank".
17. Staff matters:
 - a. Creation of a post for the "Public Services" ("Régie") team.
18. Any other business.
19. Staff matters (in camera):
 - a. Decision on two group changes.

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1st Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2nd Alderman. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Councillors. Secretary: Christian Muller.

Amendments to the agenda.

Due to a clerical error, Mayor Nicolas Pundel (CSV) proposed postponing the approval of an estimate for the refurbishment of the Town Hall to a subsequent meeting. Item 10 of the agenda was therefore deleted.

The amendment of the agenda was unanimously approved.

1. Approval of the minutes of the meeting of 10.11.2021.

The members of the Communal Council have no comments on the minutes of the meeting held on 10.11.2021.

The minutes were unanimously approved.

2. Approval of a sale agreement.

The Communal Council was called upon to approve the acquisition of 4 plots of land at the "Merler Maerchen" site with a total area of 139,3 ares. The total selling price was EUR 4,875,500, i.e. EUR 35,000 per are.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) pointed out that this acquisition had already been discussed in the Communal Council. He noted that part of the plots was located in the corridor of the future Merl bypass. He did not think this was a problem, since the Commune could exchange plots with the State if necessary. He felt that

the acquisition of land in this area would be of interest to the Commune.

Councillor Léandre Kandel (DP) was of the opinion that the Commune should request a meeting with the Procurement Committee of the Ministry of Finance to ascertain whether the State would actually be interested in an exchange. The Mayor promised that this would be done. Councillor François Gleis (CSV) also thought that the Commune should get detailed information regarding the progress of the Merl bypass project.

The sale agreement was unanimously approved.

3. Approval of several leases.

The Council was called upon to approve three leases for housing in the Commune. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that one of the contracts concerned a young couple whose apartment on Route d'Arlon had recently been destroyed in a fire. The Commune intended to support the couple by temporarily renting an apartment to them. The other two contracts concerned people who were already in social housing in the Commune. One of these people was moving to an apartment with normal rent, and the other was moving to another apartment in the same building to allow better access for a disabled person.

Councillor Léandre Kandel (DP) was surprised that the Commune should be requesting a bank guarantee from the couple whose apartment had been destroyed. The College of Aldermen explained that this was a temporary solution: the couple has sufficient income and such costs were normally covered by insurance.

Councillor Laurent Glesener (DP) said that the bills for one of the apartments were very high. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the building in question was inhabited by people of different social backgrounds and means. As a result, it has a lift and cleaners, which explains the high fees.

The three leases were approved unanimously.

4. Confirmation of temporary traffic regulations.

The Council was called upon to approve several temporary traffic regulations concerning construction sites on the Route d'Arlon and on Chaussée Blanche.

The temporary traffic regulations were approved unanimously.

5. Adoption of the 2022 tripartite agreement between the State, the Social Office and the Commune.

The Council was called upon to approve the tripartite agreement between the State, the Social Office and the Commune for 2022. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that staff costs were shared between the State and the Commune. The agreement provides for one social worker post per 6,000 inhabitants. For every 12,000 inhabitants, an additional social assistant post and one administrative post are planned. Betty Welter-Gaul (LSAP) recalled that the State had already granted a half-post for an additional social worker when the population of the Commune reached 8,000 inhabitants.

The Alderman thanked the entire Social Office team and the Management Board for their excellent work. She explained that 50% of the running costs of the Social Office and Board's tokens and allowances were borne by the State. Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the agreement provided for a platform for cooperation between the State, the Commune and the Social Office to monitor the latter's work. She pointed out that the Social Office was also collaborating with the Fund for European Aid to the Most Deprived (FEAD), particularly in the context of the Social Grocery Shop.

An annex to the agreement concerned the third-party payer system. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) reported that 139 people were granted access to the system in 2021. This corresponds to 48 families. She pointed out that third-party payer system coverage is limited to six months and that any application must be renewed after that period. 19 requests for extension were granted to the beneficiaries. 95% of the beneficiaries reimburse their patient's share to the Social Office. No requests were received for assistance to households affected by energy poverty. Betty

Welter-Gaul (LSAP) explained that this was partly due to the pandemic and to the fact that home visits were not possible. Another reason was that most beneficiaries are tenants and therefore do not have to replace their household appliances themselves.

Betty Welter-Gaul (LSAP) announced that the Social Office had already dealt with 65 cases since the beginning of the year. Considering that the number of cases dealt with increased from 217 in 2019 to 274 in 2020 and then to 266 in 2021, she feared that the number of beneficiaries would increase further.

Councillor François Gleis (CSV) thanked the Social Office team and the Management Board for their work. He thought that the State should grant the social worker's half-post to the Commune once the population reaches 10,000 inhabitants. The Communal Council explained that the Commune was already awarded a half-post when the number of inhabitants reached 8,000, whereas in principle, it only applied when that figure reached 9,000. It was therefore unlikely that the State would grant an additional half-post for 10,000 inhabitants.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also thanked the Social Office team. She said that the increase in the number of beneficiaries demonstrates how important and necessary the work of the Social Office is. She therefore believed that the Ministry of Family Affairs, Integration and the Greater Region should consider reviewing the ratio underlying the distribution of posts.

Councillor Laurent Glesener (DP) wanted to know the reason for the recent increase in the number of cases. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that there had been a backlog of old cases, but she also thought that the current crisis had contributed to the rise. She considered that the Commune should propose to expand the scope of tasks covered by Tania Martins at the next meeting of the cooperation platform. Councillor Laurent Glesener (DP) said that changes in the number of beneficiaries would have to be monitored.

Councillor Marc Fischer (DP) agreed that this trend should be monitored and that the Commune should

analyse the precise reasons with anonymised data to identify whether it was due to the current crisis or if there were other underlying reasons. The Communal Council promised to carry out such an assessment for the next Communal Council meeting.

The 2022 tripartite agreement between the State, the Social Office and the Commune was approved unanimously.

6. Approval of the initial agreement on the Housing Pact 2.0.

The Council was called upon to approve the original Housing Pact 2.0. Mayor Nicolas Pundel (CSV) pointed out that the Commune would not be able to use an internal advisor as initially planned, and that it would therefore call on an external one. The Commune selected Schroeder & Associés, with consultants Jean-Luc Weidert, Martine Schummer and Olivier Zirnheld. The agreement covered 180 hours of consultancy a year, with an extra 60 hours for intercommunal projects or projects requiring the consultation of citizens.

The Mayor proposed to organise a "large-scale projects" meeting as soon as possible, in order to allow Jean-Luc Weidert to explain the main points of the Pact to the Communal Council. The College of Aldermen also scheduled a meeting for the following week with representatives of the Housing Fund and the National Affordable Housing Company (SNHBM) to discuss collaboration opportunities. The Mayor felt that the second draft of the Housing Pact contained many changes. For example, the Commune was entitled to a certain percentage of any new Special Development Plan (PAP) of a certain size to build social housing. He said that as a result, it was even more important to liaise with the developers.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) shared this view. She asked for details about the concept underlying the Local Housing Action Programme (LAP) mentioned in the plan. The Mayor agreed that the intricacies of this concept should indeed be clarified. To give an example, he thought it meant that the Commune would be entitled to 2,000 square metres on a Special Development Plan (PAP) of 10,000 square metres, but that in return, developers would have the

right to increase the total built area by 10%. In his opinion, ideally, the Commune would be entitled to its own building within the PAP for social housing. However, the consultancy firm would clarify all the details. At the request of Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), the Mayor indicated that the provisions of the new Pact would enter into force as of 18 February 2022. Until then, the old one would remain in force.

Councillor François Gleis (CSV) was also of the opinion that the Housing Pact 2.0 represented a lot of change. The new General Development Plan (PAG) would have to be examined to see if it was still adapted to the new provisions. The Mayor reiterated that all this could be discussed during the meeting with the consultant.

The initial Housing Pact 2.0 was approved unanimously.

7. Approval of an amendment to the 2021 tripartite agreement between the State, the Red Cross and the Commune on the “Maison relais” (Cf. item 8).

8. Approval of an amendment to the 2021 tripartite agreement between the State, Caritas and the Commune on the “Pescher” crèche.

The Communal Council was asked to approve two addenda to the agreements relating to the “Maison relais” and the “Pescher” crèche. The Mayor explained that the addenda concerned additional staff needed due to the pandemic. The addenda provide that overtime is paid in the same way as normal hours, the costs being shared between the State, which finances 75% of the costs, and the Commune, which finances the remaining 25%. The Mayor explained it would be difficult to increase staff because of current shortages due to the wave of infections. He praised the excellent work of the “Maison relais” and crèche despite this difficult situation.

Both addenda were approved unanimously.

9. Adoption of the 2022 tripartite agreement between the State, Caritas and the Commune of Strassen on the “Pescher” crèche.

The Council was called upon to approve the tripartite agreement between the State, Caritas and the

Commune of Strassen on the “Pescher” crèche for 2022. The Mayor explained that the agreement corresponds in all respects to the agreements of previous years.

The agreement was approved unanimously.

10. Approval of an estimate for the refurbishment of the Town Hall.

This item was removed from the agenda.

11. Decision on an extraordinary subsidy application.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) explained that the Fanfare Stroossen had applied for an extraordinary subsidy for some high expenses. It concerned a musical instrument, more specifically a base drum, and 75 soft shell jackets with the Fanfare Stroossen logo. These jackets would be used for concerts in summer when the ordinary uniform could not be worn due to high temperatures. The total amount of the estimate was EUR 4,938.54 and the law provides for the possibility of the Commune reimbursing one third of that sum. Subject to approval, the subsidy would therefore be EUR 1,646.18.

In the context of normal subsidies, the Mayor announced that the College of Aldermen would soon present a new regulation on subsidies in the Finance Committee.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) felt that associations could look for sponsors for acquisitions such as jackets instead of applying for a grant. The Mayor thought this was unrealistic for a fanfare.

Councillor Laurent Glesener (DP) agreed with Maryse Bestgen-Martin’s position on sponsorship, but also felt that it would be difficult for a fanfare to get sponsors. However, he thought that items such as these jackets were not on par with the uniforms and that the Fanfare should pay for such clothing itself. He feared that other associations would also make such requests. He conceded that the Fanfare organises many events and thus contributes to cultural life, but he was not convinced that the Commune should finance the jackets. The Mayor explained that he fully understood

this position. He stated that he was prepared to grant a subsidy only for the musical instrument.

Councillor Marc Fischer (DP) supported the opinions of Laurent Glesener (DP). He stressed the need to support associations and activities of the Fanfare but felt that the Commune should not set a precedent by financing these jackets. He thought it would be better for the Commune to finance summer uniforms. At the request of Councillor Marc Fischer (DP), the Mayor confirmed that all grant applications were in principle discussed in the Communal Council.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) stressed that the jackets would also serve to protect the musicians from the rain. He thought the Commune should grant the subsidy.

Councillor François Gleis (CSV) stressed the important role played by the Fanfare in the context of local festivities. He felt that the members of the fanfare should have clothes that were suitable for the rain and therefore thought that the Commune should subsidise the jackets.

Councillor Paul Klensch (LSAP) was also of the opinion that the Commune should subsidise the jackets as long as they were a kind of uniform and were only worn at public events. Generally speaking, it is difficult to incentivise associations to participate in local festivities, and he stressed that the fanfare was one such champion of community life. He pointed out that the Commune's participation in the purchase of jackets amounted to only approximately EUR 1,600, which was perfectly reasonable.

Councillor Léandre Kandel (DP) was of the opinion that the Commune should clearly define which expenditures are eligible for subsidy. He considered that it was not right to reject the application for an expense if the rules were not clear at the time of application. Mayor Nicolas Pundel (CSV) felt that this proposal was excellent and could be discussed in the Committee.

Councillor François Gleis (CSV) stressed the systematic presence of the Fanfare at all official events. He felt that its commitment should be rewarded and that significant support through subsidies was justified.

Councillor Laurent Glesener (DP) considered that the commitment of the Fanfare should not depend on the subsidies received. He felt that associations should be distinguished on the basis of their activities - which cannot all be compared.

Councillor Marc Fischer (DP) said that all associations were important in their allocated contexts. He feared that it was too late for a new regulation. He proposed that the Commune grant only a subsidy for the instrument, while asking the Fanfare to reapply for the jackets after the issuance of a new subsidy regulation.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also thought it preferable to postpone the decision on this subsidy pending the new regulation, even though the document would have to be drafted in a short timeframe. She feared that a decision perceived as arbitrary could lead to disagreements with other associations.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) did not think that associations could be differentiated on the basis of their activities.

Councillor François Gleis (CSV) did not share the view that a new regulation should be awaited. He believed that the decision should be taken on the basis of the current regulation.

The Mayor noted that the discussion in the Committee was not supposed to focus on the regulation on extraordinary expenses. The Committee would therefore have to be informed about this.

At the request of Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Alderman Jean Claude Roob (LSAP) confirmed that the extraordinary expenses regulation provided for the subsidy of one third of the expenses. He read the rules of procedure to the Council members.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) proposed to vote only on the subsidy for the bass drum and to postpone the vote on the jackets. Councillor Laurent Glesener (DP) noted that the Commune should in principle require three different offers for jackets. After a brief discussion, the Mayor proposed to postpone the decision on this request so that it could be properly taken at a later date.

The decision on the extraordinary subsidy application was postponed unanimously.

12. Appointment of a public transport officer.

In accordance with Article 12 of the amended Law of 5 February 2021, the Communal Council was required to appoint a public transport officer from its members' ranks. This officer would be responsible for ensuring communication between the Commune, its inhabitants and the government on all matters relating to the organisation of public transport. The College of Aldermen proposed to appoint Mayor Nicolas Pundel (CSV) as a public transport officer and Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) as the alternate.

Councillor François Gleis (CSV) welcomed the creation of this role. He believed that the Mayor was the right person for the task.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) was unanimously appointed as a public transport officer.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) was appointed as alternate, with one abstention.

13. Adoption of a FLEX mobility contract.

The Board was called upon to approve a contract under the FLEX CFL carsharing system. Mayor Nicolas Pundel (CSV) pointed out that a first contract had been concluded for the provision of two cars near the Town Hall and two vehicles on the "Pescher" estate. The Mayor explained that the usage rating of the system was still satisfactory, with 150 reservations at the "Pescher" station and 373 reservations at the "Commune" station. According to Nicolas Pundel (CSV), vehicles at the "Pescher" station could be moved to the other location should there be insufficient users. The Communal Council was also negotiating the extension of the offer to include a van.

This contract provided for the provision of two additional combustion engine vehicles in Rue Mathias Saur.

Councillor Léandre Kandel (DP) asked what type of van was under consideration. The Mayor explained that it

was a simple closed box van suitable for transporting bulky items.

At the request of Councillor François Gleis (CSV), the Mayor confirmed that Flex vehicles could also be driven outside Luxembourg.

Councillor Léandre Kandel (DP) believed that a new station in Rue du Kiem would make more sense. Councillor Laurent Glesener (DP) thought that the system should be better promoted. The Mayor noted that the operator was very satisfied with the use of the "Commune" station, which is one of the most widely used stations in the network. He was also of the opinion that one single vehicle may be sufficient for "Pescher".

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) thought the use of the Flex system in the Commune was more than satisfactory. She welcomed the addition of a van to the offer. She believed that this type of offer was successful in the Commune of Bertrange.

The FLEX mobility contract was unanimously approved.

14. Decision on a right of pre-emption.

The Commune received a request for the exercise of its right of pre-emption. The Communal Council proposed not to exercise the right of pre-emption in this case. The Mayor noted that this was a rather specific request since it concerned three plots of land, one of which was located in the territory of the City of Luxembourg. He was not even sure such a request was admissible.

The exercise of the right of pre-emption was unanimously rejected.

15. Policy decision on the coverage of notary fees in the case of free transfers of cadastral plots.

The Communal Council proposed that, in future, the Commune should bear the costs of notaries in connection with the free transfer of plots used for urban development in the Commune. The Mayor felt that it was not fair to ask owners to cover the expense in such cases.

Councillor Léandre Kandel (DP) announced that his party welcomed this initiative, as the old practice was indeed unfair.

The policy decision was approved unanimously.

16. Presentation of a draft agreement with the non-profit association “Initiativ Liewensufank”.

The Communal Council presented an agreement with the “Initiativ Liewensufank a.s.b.l” to offer its “BabyPLUS” service in Strassen. The aim of the project is to provide families with infants with support from early childhood professionals throughout the child’s first year of life.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that there would be no vote in the current session and that the agreement would merely be presented.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the service aimed to foster parents’ skills and strengthen the parent-child bond, in addition to the early identification of potential issues so as to be able to address them. Professional advisors are available to families from pregnancy to give practical advice to young parents and answer all their questions.

Consultations are free of charge for parents and can be carried out in several languages, including Luxembourgish, French, German, English and Portuguese. Interpreters are available for other languages. The estimated budget for the project is EUR 23,880 to be borne by the Commune. The association proposed an advisor for Strassen. For 8 hours per week, at an hourly rate of EUR 55 over 52 weeks, the Commune would be in charge of paying EUR 22,880 for the service. Some additional expenses would also apply.

The Mayor considered this to be an interesting service to help young, inexperienced parents. Betty Welter-Gaul (LSAP) noted that the State also provides support via midwives, but that it was limited to six visits per pregnancy. The “BabyPLUS” service allows for more extensive support.

Councillor Paul Klensch (LSAP) first stressed the importance of providing support to young parents. He

also underscored the right of women to be able to freely inform themselves about possible abortion in the event of problems with a pregnancy. He asked if the College of Aldermen had raised this issue with the leaders of “Initiativ Liewensufank”, and if not, he wanted to know when this could be done. The Councillor explained that he was asking these questions because he had heard that the association may have a somewhat anti-abortion ideology.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) stressed that the College of Aldermen was not aware of such allegations. To the best of her knowledge, the association never commented on the matter. However, she felt that the College of Alderman could very well discuss the matter with the association’s representatives. The Mayor considered that the context of the project was in no way linked to the issue of abortion. Moreover, it was not the association’s staff duty to proselytise on the matter. For advice on abortion, individuals should go to family planning. In any case, those involved in the “BabyPLUS” project had already taken the decision to bring a baby into the world. However, he promised that the topic would be discussed with the representatives of “Initiativ Liewensufank”.

Councillor Léandre Kandel (DP) was not convinced that there was a need for such a service. He felt that there was already a multitude of similar offers. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the project was mainly aimed at people who could not access information within their family circles. In her opinion, this type of service is very useful to many people.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) confirmed that there had been a controversy about “Initiativ Liewensufank” some time before. However, she considered that the services offered by the association seemed very useful. She shared the view that people wanting to learn about abortion would be directed to other associations. Her experience as a pharmacist revealed that there was indeed a great need for such a service. At the request of the Councillor, the Mayor explained that the Commune could provide facilities for advisory sessions for anyone who did not want a home visit.

At the request of Councillor Victoria El Khury (LSAP), the Mayor explained that the Communal Council had

been made aware of the project by chance. The proposal to set up the service was in response to a need, in the sense that many young couples face problems in the context of a birth.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) believed that such a service could be an asset for many young parents. It is not always easy to find reliable information about such topics, even online.

Councillor François Gleis (CSV) noted that in the past, counselling with a doctor was offered at the Ben Heyart school. He asked whether this still applied. The members of the Communal Council thought that it was a Red Cross service that was no longer offered.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) was also of the opinion that such an offer could be very valuable for future mothers. She did not think that this service would deter a person wishing to have an abortion, because they would turn to other organisations. She pointed out that the allegations against the association came from an article dating from 2010 on abortion in Luxembourg. “Initiativ Liewensufank” did not speak against abortion, it simply did not comment on it, which was understandable as the association is exclusively active in the support of persons who have decided to have a child.

Councillor Paul Klensch (LSAP) remained on his position and said that he would wait for the meeting with the leaders of the association to express his views.

Councillor Marc Fischer (DP) said that people should be informed in a targeted manner about this offer if it were to be launched. The Mayor said this should not be a problem.

17. Staff matters – Creation of a post for the “Public Services” (“Régie”) team.

The Mayor explained that the Commune intended to create a post for the Public Services team. An additional member of staff would enter the Forestry Service, where personnel is lacking. At present, the Commune contributed to a single staff member only, which was insufficient. He stressed that the Forestry

Service would use this team only for projects in the Commune, such as the forest cemetery.

Councillor Léandre Kandel (DP) asked whether the Commune could not share a common post with the Commune of Bertrange, since the Forestry Service was also active in the neighbouring commune. The Mayor thought that such a solution could be discussed.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) considered that climate change would lead to an increased workload in forests in the coming years, so he felt that it was a good idea to strengthen the team. Councillor François Gleis (CSV) said it was necessary to ensure that the employment contract should mention that the work must be carried out on behalf of the Commune. Councillor Marc Fischer (DP) welcomed the move to strengthen the Forestry Service.

The creation of a post for the needs of the “Public Services” team was approved unanimously.

18. Any other business.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the donation approved for a humanitarian project in Lebanon could not be transferred because Luxembourgish banks currently refused to transfer funds to banks in Lebanon. The College of Aldermen therefore proposed to support another project based in Luxembourg. Councillor Victoria El Khury (LSAP) explained that the project in question provided educational support in Lebanon and that it was managed by the Alphabetical Order of Lebanon. The association was founded by an Anglo-Lebanese national living in Luxembourg. The objective of the project is to support the education of disadvantaged children in Lebanon. She reminded the participants that Lebanon was currently undergoing an unprecedented crisis and stressed that this had led to a hike in school dropouts (bearing in mind that 70 % of Lebanese pupils attend private, fee-paying schools). To date, the association had already paid the school fees for 340 pupils and currently supported 40 schools. The association is run by volunteers, so all donations are used to finance educational programmes. The members of the Council approved this change in the allocation of the donation.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) announced that the Commune would have two public writers from 23 February. Three residents of Strassen had received appropriate training from ASTI and two women had applied for the posts: retired social worker Pascale Waringo and a young Colombian lawyer living in Luxembourg, Monica Vergada. Both insisted that they would work strictly on a volunteer basis. The Mayor reminded the participants that public writers help people understand administrative forms, write letters and respond to injunctions. Duty hours would be Wednesday from 9 to 11 a.m. and 2.30 to 4.30 p.m. The Commune would provide the necessary premises and equipment.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) drew the attention of the College of Aldermen to a house on the “Oricher-Hoehl” estate. The dwelling had recently been renovated, but there was no greenery around the house and the entire perimeter of the house seemed to have been sealed off. She asked if this was in line with the Building Regulation. The Mayor promised to find out.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also mentioned the poor state of the pathways in “Pescher”. The Mayor promised to deal with the problem. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) was of the opinion that members of the consultative commissions should be informed about the recent changes voted by the Communal Council. She was under the impression that not everyone had been informed. The Councillor also wanted to know if the ski trip to Steinach would take place this year. The Mayor announced that the ski trip could not take place due to the pandemic and that the Commune would be reimbursed. He also wondered if ski trips were still appropriate due to climate change. He believed that another solution could be found with the teaching staff. Marine Dieschburg-Nickels welcomed this proposal.

Councillor Paul Klensch (LSAP) drew attention to traffic problems at the intersection between Route d’Arlon and Rue Raoul Follereau. There was also a dangerous pedestrian crossing there. The College of Aldermen promised to investigate the problem. In this context, Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) praised the merits of traffic light systems in Switzerland that make it possible to better control traffic.

Councillor Paul Klensch (LSAP) also explained that he had been informed by residents of the Rue Marie Curie about cracks in the slabs of their homes, possibly due to the nearby building site. The Mayor promised to find out more on the matter.

Councillor Marc Fischer (DP) thought that traffic problems on the section of the Route d’Arlon between Rue Reckenthal and the CHL were unsustainable. A solution was urgently required. Councillor Marc Fischer (DP) also proposed to take advantage of the renovation of the Town Hall to install the equipment needed to stream the Communal Council’s meetings. On behalf of Councillor Laurent Glesener (DP), who had to leave the meeting before the end, he asked whether the Commune had already been able to take care of an abandoned orchard in Rue Reckenthal. The Mayor explained that he had informed SICONA. He promised to raise the issue at the next meeting. Marc Fischer (DP) also asked for information about a street in the northern section of the “Pescher” district which, in his view, should have been built. The Mayor believed it was not a real street, but a temporary road for lorries during the construction works.

19. Staff matters - Decision on two group changes (in camera).

Gemeinderatssitzung vom 02. März 2022

TAGESORDNUNG

1. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 08.12.2021, 15.12.2021, 05.01.2022 und 26.01.2022.**
2. **Genehmigung des Jahresabschlussberichtes für das Haushaltsjahr 2020 des Club Senior.**
3. **Genehmigung des Jahresabschlussberichtes für das Haushaltsjahr 2020 des Centre Riedgen.**
4. **Genehmigung der dreiseitigen Vereinbarung für das Jahr 2022 des Jugendzentrums.**
5. **Genehmigung der dreiseitigen Vereinbarung für das Jahr 2022 der Maison-Relais.**
6. **Verabschiedung der Vereinbarung des Nationalen Amtes für soziale Eingliederung (ONIS) für das Jahr 2022.**
7. **Bestätigung mehrerer vorübergehender Verkehrsreglements.**
8. **Ernennungen in lokale Beiräte.**
9. **Genehmigung notarieller Urkunden.**
10. **Genehmigung eines Kostenvoranschlages bzgl. des Umbaus des Gemeindehauses.**
11. **Genehmigung eines Kostenvoranschlages bzgl. der Auslage eines neuen Kunstrasens auf dem Fußballplatz.**
12. **Verschiedenes.**
13. **Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):**
 - a. **Beschluss über eine endgültige Ernennung.**
 - b. **Beschluss im Rahmen einer Disziplinarmaßnahme.**
14. **Beschluss im Rahmen eines Vorschlages zum Ankauf einer Immobilie (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); Victoria El Houry (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP), Gemeinderatsmitglieder.
Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Claire Remmy (déi Gréng), Gemeinderatsmitglied.

Protokoll der Sitzung.

Vor Beginn der Sitzung gedenken die Gemeinderatsmitglieder aller Opfer des Krieges in der Ukraine mit einer Schweigeminute.

1. **Genehmigung der Protokolle der Gemeinderatssitzungen vom 08.12.2021, 15.12.2021, 05.01.2022 und 26.01.2022.**

Die Mitglieder des Gemeinderates haben den Protokollen der Sitzungen vom 08.12.2021, 15.12.2021, 05.01.2022 und 26.01.2022 nichts hinzuzufügen.

Die Protokolle werden einstimmig genehmigt.

2. **Genehmigung des Jahresabschlussberichtes für das Haushaltsjahr 2020 des Club Senior.**

Die Mitglieder des Gemeinderates werden dazu aufgefordert den Jahresabschlussbericht für das Haushaltsjahr 2020 des Club Senior zu genehmigen. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) betont, dass die letzten beiden Jahre aufgrund der Pandemie sehr schwer für den Club Senior waren. Er erinnert daran, dass drei Halbtagskräfte für den Club Senior arbeiten. Er erklärt ebenfalls, dass die Gemeinde mit der Ausarbeitung der kommunalen Seniorenpolitik begonnen hat und kündigt die Durchführung einer Befragung an, um die tatsächlichen Bedürfnisse der älteren Bevölkerung zu identifizieren.

Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) erklärt, dass im Jahr 2020 die Personalstruktur des Club Senior aufgrund der Pandemie verkleinert wurde. Bzgl. der Aufwendungen im Rahmen der Gewinn-Verlust-Rechnung belaufen sich die Personalkosten vor Eingriff des Staates auf 180.001,54 Euro und die Betriebskosten auf 22.514,49 Euro. Auf der Seite der Einnahmen stehen die Beteiligungen der Nutzer, die sich auf 5.053,29

Euro beziffern. Der Betriebsverlust vor Eingang der Subventionen beläuft sich also auf 197.462,74 Euro.

Im Rahmen der Kosten des Nettoresultates inklusive der Subventionen belaufen sich die Personalkosten laut Abrechnung auf 176.987,89 Euro, die Personalkosten außerhalb der Schlussrechnung auf 3.013,65 Euro, 8.290,57 Euro der Betriebskosten erfüllen die Kriterien, die Kosten für Produkte und Maßnahmen gegen Covid-19 betragen 517,01 Euro und die Kosten, welche die Kriterien nicht erfüllen betragen 13.706,91 Euro. Die Gesamtsumme der Kosten beträgt also 202.516,03 Euro. Auf Einnahmenseite stehen die Beteiligungen der Nutzer mit 5.053,29 Euro, die Beteiligung des Staates an den Personalkosten beläuft sich auf 153.979,46 Euro, die Subvention der Betriebskosten auf 8.290,57 Euro und die Subvention für Produkte und Maßnahmen gegen Covid-19 auf 517,01 Euro. Der Netto-Betriebsverlust für die Gemeinde beläuft sich also auf 34.675,70 Euro für das Jahr 2020.

Das Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) geht ebenfalls davon aus, dass der Club Senior zwei sehr schwere Jahre hinter sich hat. Er begrüßt das Engagement der Mitarbeiter des Clubs während der Pandemie und hebt die zahlreichen Hilfs- und Unterstützungsangebote im Laufe der Pandemie für die Senioren hervor, vor allem durch die Unterstützung der Pfadfinder.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist ebenfalls der Ansicht, dass der Club Senior sein Bestes gegeben hat, trotz der schwierigen Situation. Sie hebt die Bedeutung der Aktivitäten für die Senioren im Bereich der mentalen Gesundheit hervor. Das Gemeinderatsmitglied stellt fest, dass das Personal des Club Senior vor Kurzem weniger geworden ist und möchte gerne wissen, ob es bald wieder mehr Personal geben wird. Das Schöffenkollégium erklärt, dass neue Mitarbeiter bereits angestellt wurden.

Das Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) bedankt sich ebenfalls bei den Mitarbeitern des Club Senior für ihre herausragende Arbeit. Sie unterstreicht die Bedeutung des Clubs für den sozialen Zusammenhalt sowie die Integration und ist der Ansicht, dass der Club in Zukunft eine Schlüsselrolle spielen wird im Rahmen der Ausarbeitung der kommunalen Seniorenstrategie,

vor allem aufgrund der Überrepräsentation der Luxemburger unter den Senioren, was nicht auf die Gesamtbevölkerung Strassens zutrifft, welche sich vor allem aus Nicht-Luxemburgern zusammensetzt.

Die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass eben gerade die Luxemburger die Mehrzahl der älteren Bevölkerungsschicht der Gemeinde ausmachen, im Gegenzug zur allgemeinen Bevölkerung.

Das Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) bringt ebenfalls ihren Dank gegenüber dem Team des Club Senior zum Ausdruck. Sie fragt, ob der prozentuelle Anteil der älteren Ausländer in Zukunft steigen wird. Das Schöffenkollégium erklärt, dass die Gemeinde diese Kennzahlen stetig verfolgt.

Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) geht davon aus, dass die Gemeinde die Teilnahme an den Aktivitäten des Club Senior weiter fördern sollte. Er erklärt, dass der „Mëttesdësch“ eine wichtige Rolle in diesem Kontext gespielt hat und kündigt an, dass dieses Angebot nach der Pandemie wieder neu aufgelegt wird. Das Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) befürchtet, dass die Wiederaufnahme der Aktivitäten eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird.

Der Jahresabschlussbericht für das Haushaltsjahr 2020 des Club Senior wird einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung des Jahresabschlussberichtes für das Haushaltsjahr 2020 des Centre Riedgen.

Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ist der Ansicht, dass die Residenz Centre Riedgen von einer sehr guten Belegschaft verwaltet wird. Er kündigt an, dass die Gemeinde Gespräche mit dem Ministerium begonnen hat, bezüglich des Baus eines neuen integrierten Seniorenzentrums (CIPA – Centre intégré pour personnes âgées) und dass das Ministerium Unterstützung zugesichert hat. Er erklärt, dass die Gemeinde darauf abzielt 60 zusätzliche Zimmer zu schaffen. Er kündigt ebenfalls an, dass die Gemeinde gerade einen Aufruf gestartet hat, um einen Architekten für dieses Projekt zu finden. Er verspricht, dass die Gemeinderatsmitglieder mit in die Entwicklung dieses Projektes eingebunden werden.

Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) stellt anschließend die Kennzahlen des Jahresabschlussberichtes 2020 vor. Ausgabenseitig stehen die Ausgaben für Lebensmittel mit 112.640,12 Euro, die Personalkosten mit 895.047,43 Euro, die Betriebskosten mit 384.781,94 Euro und der Abschreibungsaufwand in Höhe von 22.823,49 Euro. Die Gesamthöhe der Ausgaben beläuft sich also auf 1.415.292,98 Euro. Bei den Einnahmen steht der Erlös aus dem Verkauf von Mahlzeiten mit 231.474,66 Euro, der Erlös des Parkplatzes und anderer Dienstleistungen in Höhe von 63.122,84 Euro, der Erlös aus Pflegedienstleistungen in Höhe von 74.123,57 Euro, der Erlös des Reinigungsdienstes von 18.891 Euro. Die Gesamtsumme der Einnahmen beträgt also 1.143.547,73 Euro und der operative Verlust 271.745,25 Euro.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Ansicht, dass das Centre Riedgen Ausgaben in nicht unerheblicher Höhe für die Gemeinde verursacht. Sie zeigt sich damit zufrieden, dass der Bewertungsbericht es nun erlaubt, die größten Ausgabenposten klar zu identifizieren. Sie glaubt, dass die Pandemie zu einer Erhöhung der Ausgaben und einer Verringerung der Einnahmen geführt hat. Sie ist der Ansicht, dass die Gemeinde vielleicht die Preise der Dienstleistungen anpassen müsste, auf die Gefahr hin, den bedürftigsten Personen weitere Subventionen zukommen lassen zu müssen. Das Gemeinderatsmitglied würde gerne wissen, welche Ausgaben direkt von der Gemeinde übernommen wurden. Der Bürgermeister erklärt, dass für die gemeinschaftlich genutzten Räume Möbel angeschafft wurden. Sie begrüßt die Tatsache, dass das Ministerium das Projekt eines CIPA unterstützt, denn das Centre Riedgen bietet nicht den gleichen Grad an Pflege an. Sie ist ebenfalls der Ansicht, dass die Gemeinde Recht damit hat, ein eigenes Angebot gegenüber den privaten Anbietern zu erstellen. Sie ist ebenfalls der Ansicht, dass die hohen Ausgaben der Gemeinde in diesem Bereich gerechtfertigt sind, aber auch dass einige dieser Posten dennoch näher beobachtet werden sollten. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) versichert, dass die Gemeinde in diesem Bereich auf einen ausgeglichenen Haushalt achtet. Er begrüßt des Weiteren, dass das Centre Riedgen sich bei seinen Bewohnern hoher Beliebtheit erfreut, welche übrigens oft aus Strassen stammen. Er hebt ebenfalls hervor, dass der Staat dem CIPA-Projekt seine Unterstützung

gibt, denn das Konzept sieht erschwingliche Zimmer vor, im Gegensatz zu so mancher privaten Einrichtung.

Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) fügt hinzu, dass der Staat eine Subvention in Höhe von 232.410,60 Euro beisteuert, um den operativen Verlust auszugleichen.

Auf Anfrage des Gemeinderatsmitgliedes Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) bestätigt der Bürgermeister, dass das CIPA nicht den ehemaligen Bewohnern des Centre Riedgen vorbehalten ist. Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) erklärt, dass der Altersdurchschnitt im Centre Riedgen bei 86 Jahren liegt. Er geht davon aus, dass die Mehrzahl der Bewohner des Centre auf die Pflegeleistungen des CIPA zurückgreifen werden muss, wenn dieses fertiggestellt ist. Auf Anfrage des Gemeinderatsmitgliedes Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) bestätigt der Bürgermeister, dass die Aufnahmebedingungen für das CIPA nicht mit denen einer privaten Einrichtung vergleichbar seien.

Das Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) begrüßt die Tatsache, dass die Gemeinde ein CIPA errichten möchte. Er ist der Ansicht, dass solch eine Einrichtung es ermöglicht, die Qualität der Pflege zu verbessern und deren Kosten zu verringern. Er ist nicht der Meinung, dass eine öffentliche Einrichtung unbedingt kostendeckend arbeiten muss. Er ist ebenfalls der Ansicht, dass nach dem Modell dessen, was bereits im Centre Riedgen praktiziert wird, die Bewohner Strassens einen bevorzugten Zugang zum CIPA erhalten könnten.

Das Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) ist ebenfalls der Ansicht, dass das Centre Riedgen relativ hohe Kosten verursacht. Er befürchtet ebenfalls, dass in den kommenden Jahren Renovierungsarbeiten nötig werden, vor allem in Bezug auf die sanitären Einrichtungen. Er begrüßt das CIPA-Projekt, denn er ist der Ansicht, dass die Anzahl der benötigten Plätze in Senioreneinrichtungen in den nächsten Jahren deutlich ansteigen wird. Auf Nachfrage des Gemeinderatsmitgliedes erklärt der Bürgermeister, dass das CIPA allein von der Gemeinde umgesetzt wird, ohne die Beteiligung anderer Gemeinden. Nicolas Pundel (CSV) kündigt ebenfalls an, dass der Staat dazu bereit ist, die Errichtung des CIPA mit ca. 17 Mio. Euro finanziell zu unterstützen.

Das Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) ist ebenfalls der Ansicht, dass das Centre Riedgen gut verwaltet wird und dass die Bewohner dort sehr zufrieden sind. Er betont auch, dass der Park Riedgen ein besonderer Pluspunkt für die anderen Bewohner des Viertels darstellt.

Der Jahresabschlussbericht für das Haushaltsjahr 2020 des Centre Riedgen wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung der dreiseitigen Vereinbarung für das Jahr 2022 des Jugendzentrums.

Die Gemeinderatsmitglieder werden dazu aufgefordert, die dreiseitige Vereinbarung für das Jahr 2022 des Jugendzentrums zu genehmigen. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass die Funktionsweise des Jugendzentrums nach wie vor problematisch bleibt. Es wurde mit dem Roten Kreuz gesprochen, welches die Einrichtung verwaltet. Die Gemeinde hat den Wunsch geäußert, dass die beiden Erzieher der Einrichtung nicht nur für Disziplin innerhalb des Gebäudes sorgen, sondern auch für den umliegenden Bereich, denn dort gab es Probleme im Bezug auf Abfall, der dort von den Jugendlichen hinterlassen wurde. Er führt ebenfalls aus, dass die Gemeinde es gern sähe, wenn die Einrichtung mehr Jugendliche anziehen könnte als dies derzeit der Fall ist. Nicolas Pundel (CSV) kündigt an, dass auch bald eine Begehung der „Maison Feldgen“ mit Vertretern des Ministeriums stattfinden wird. Er erinnert daran, dass das Gebäude als neues Jugendzentrum der Gemeinde vorgesehen ist. Der Bürgermeister betont, dass das Jugendzentrum die Gemeinde 105.312 Euro im Jahr 2022 kosten wird. Er ist der Ansicht, dass angesichts einer solchen Summe das Ergebnis besser sein sollte. Er ist davon überzeugt, dass, sollte sich die Situation nicht verbessern, die Gemeinde eine Alternative ohne das Rote Kreuz finden müsste.

Auf Nachfrage des Gemeinderatsmitgliedes Léandre Kandel (DP) bestätigt der Bürgermeister, dass die „Maison des Jeunes“ aufgelöst wird, sollte die Gemeinde ihr eigenes Jugendzentrum schaffen. Der Bürgermeister gibt weitere Details an zu den Aufgaben der Mitarbeiter des Jugendzentrums und des Jugendbeauftragten der Gemeinde.

Das Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) begrüßt die Tatsache, dass die Gemeinde eine eigene Einrichtung schaffen möchte und ist der Meinung, dass das derzeitige Jugendzentrum seiner Aufgabe nicht gerecht wird.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt wie viele Jugendliche derzeit das Jugendzentrum nutzen. Der Bürgermeister erklärt, dass das Zentrum lediglich von einem Dutzend Jugendlicher genutzt wird und die Mehrzahl seien männlich, was ebenfalls nicht optimal ist.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Ansicht, dass die Kosten des Jugendzentrums zu hoch sind, verglichen mit der Nutzung dieser Einrichtung. Sie denkt, dass die Altersspanne, auf die das Zentrum abzielt, zu weit gefasst ist. Das Jugendzentrum zielt nämlich auf Jugendliche zwischen 12 und 26 Jahren ab. Sie denkt, dass eine gute Verwaltung des Zentrums sicherlich komplexer ist, als es die Verantwortlichen des Roten Kreuzes zugeben. Sie glaubt nicht, dass die Sanierung der „Maison Feldgen“ eine Lösung ist und ist der Ansicht, dass ein Neubau zu bevorzugen sei. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass ein ausgefeilteres Konzept nötig ist. Der Bürgermeister denkt, dass ein Neubau zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Die Sanierung der „Maison Feldgen“ erlaubt eine schnellere Lösung. Des Weiteren bestätigt er, dass das Team des Jugendzentrums nicht proaktiv genug in seiner Problemlösung ist, vor allem im Bereich Drogen. Er betont, dass die Gemeinde die Vereinbarung mit dem Roten Kreuz auflösen wird, sollten diese Probleme nicht gelöst werden.

Das Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) schließt sich der Position von Martine Dieschburg-Nickels an, im Bezug auf die „Maison Feldgen“ und das Problem mit der Altersspanne. Er schlägt vor das Angebot des Jugendzentrums für eine gewisse Zeit aufzuheben, auch wenn man so eine Niederlage eingesteht. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass die Gemeinde weiterhin einen Treffpunkt für Jugendliche anbieten sollte, aber dass sie auch auf mehr Strenge hinsichtlich des Managements bestehen sollte.

Das Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) ist der Ansicht, dass diese Probleme auf der Tatsa-

che beruhen, dass viele Jugendliche kein klares Ziel im Leben haben. Auch denkt sie, dass es zu einem Paradigmenwechsel in der Verwaltung dieser Einrichtung kommen muss. Sie denkt, dass man Jugendliche in Projekte einbeziehen muss, bei denen sie ihr Selbstwertgefühl wieder herstellen und ihrem Leben einen Sinn geben können. Auch ist sie der Ansicht, dass man individuelle Lösungen finden muss, statt denselben Ansatz auf alle Jugendlichen der Einrichtung anzuwenden. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ist mit dieser Sichtweise einverstanden.

Das Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ist ebenfalls der Meinung, dass die Altersspanne des Jugendzentrums zu weit gefasst ist. Der Bürgermeister erklärt, dass diese Definition vom Staat vorgegeben ist.

Das Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) glaubt, dass die Jugendlichen oft darunter leiden, dass niemand ihren Sorgen und Fragestellungen Aufmerksamkeit schenkt. Er denkt ebenfalls, dass die Jugendlichen nach Altersklassen gebündelt werden sollten. Er teilt die Meinung, dass das Konzept des Jugendzentrums derzeit nicht angepasst ist.

Das Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) ist ebenfalls der gleichen Meinung. Er teilt nicht die Meinung von Marc Fischer (DP), dass das Jugendzentrum komplett geschlossen werden sollte, aber dass man die Verwaltung verbessern sollte, vor allem in Bezug auf die Altersklassen und den Drogenproblemen. Der Bürgermeister schlägt vor, eine „Großprojekt“-Versammlung einzuberufen mit den Verantwortlichen des Jugendzentrums, dem Jugendbeauftragten der Gemeinde und den Mitgliedern der Jugendkommission, um über dieses Problem zu sprechen. Die Gemeinderatsmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Die dreiseitige Vereinbarung für das Jahr 2022 des Jugendzentrums wird einstimmig genehmigt.

5. Genehmigung der dreiseitigen Vereinbarung für das Jahr 2022 der Maison-Relais.

Die Gemeinderatsmitglieder werden dazu aufgefordert, die dreiseitige Vereinbarung für das Jahr 2022 der

Maison-Relais zu genehmigen. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass das Gesamtbudget für die Maison-Relais sich auf 6.253.206 Euro beläuft. Der Staat übernimmt davon 75% oder 4.689.905 Euro, die Gemeinde die restlichen 25%, die sich auf 1.563.302 Euro belaufen. Diese Summe erlaubt derzeit die Betreuung von 490 Kindern. Es gibt ebenfalls eine Warteliste mit 7 Kindern aufgrund der Covid-Gegenmaßnahmen und Beschränkung der Kinderzahl in den Gruppen. Die Betreuung übernehmen 65 Erzieher und Sozialpädagogen. Der Bürgermeister erklärt, dass vor Kurzem ein Gespräch mit dem Naturschutzsyndikat SICONA und dem Betreiber der Kantine CR Services dazu beigetragen hat, die Anzahl der Bio-Produkte und der Produkte aus lokaler Erzeugung in der Kantine zu erhöhen.

Das Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) ist der Ansicht, dass die Aufteilung der Kinder in verschiedene Zyklen in der Maison-Relais sehr gut funktioniert. Er schlägt vor, dieses Konzept auch auf andere Aktivitäten der Gemeinde auszuweiten, wie z.B. den Nachhilfeunterricht oder das Jugendzentrum. Der Bürgermeister erklärt, dass eine ähnliche Herangehensweise bereits auf die Nachhilfekurse angewendet wird.

Das Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) begrüßt die Idee mehr lokale Produkte in der Kantine zu verwenden. Er möchte gerne wissen, welche Rolle das Naturschutzsyndikat SICONA in diesem Kontext spielt. Der Bürgermeister erläutert, dass SICONA als Vermittler zwischen den Produzenten und dem Roten Kreuz, welches übrigens diese Herangehensweise bevorzugt, fungiert. Das Gemeinderatsmitglied bemerkt, dass die Mehrzahl des in Luxemburg verkauften Obstes und Gemüses importiert wird und dass Gemüse aus luxemburgischem Anbau teurer ist. Der Bürgermeister erklärt, dass das Rote Kreuz in diesem Punkt eine pragmatische Herangehensweise verfolgt. Es ist klar, dass nur ein Teil der Lebensmittel von luxemburgischen Herstellern bereitgestellt werden kann. Die Erfahrungen in anderen Gemeinden haben des Weiteren gezeigt, dass der Preisunterschied nicht so groß ist. Nicolas Pundel (CSV) ist der Ansicht, dass die Gemeinde diese Mehrkosten tragen sollte, um die lokalen Erzeuger so zu unterstützen. Léandre Kandel (DP) begrüßt diesen Vorschlag. Er ist ebenfalls der

Meinung, dass luxemburgische Produkte qualitativ sehr hochwertig sind und dass die Mehrkosten kein Hindernis sein sollten. Nicolas Pundel (CSV) denkt, dass diese Diskussion noch eine weitere Dimension annehmen wird, denn der Staat beabsichtige die Mahlzeiten in dieser Art Einrichtung kostenfrei anzubieten. Es ist aber noch nicht klar, ob diese Herangehensweise auch lokale Produkte miteinschließt.

Das Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) möchte wissen, ob in der Kantine auch vegetarische Mahlzeiten geplant sind. Der Bürgermeister erklärt, dass dies tatsächlich vorgesehen ist. Das Konzept sieht ebenfalls Anstrengungen vor, weniger wegzuerwerfen.

Das Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) ist der Ansicht, dass die Gemeinde Weiterbildungen für Jugendliche anbieten könnte nach dem Modell der Erwachsenenweiterbildung. Er denkt ebenfalls, dass solche Kurse von professionellem Personal gegeben werden sollten. Er stellt ebenfalls fest, dass viele noch aktive oder pensionierte Lehrpersonen in der Gemeinde wohnen und dass man auf sie zurückgreifen könnte, um solche Kurse zu organisieren. Der Bürgermeister hält diesen Vorschlag für interessant, denkt aber auch, dass man abwarten sollte, was der Staat in diesem Bereich plant.

Das Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) stimmt dem Vorschlag von Paul Klensch (LSAP) zu. Er begrüßt ebenfalls das Projekt im Bezug auf die Kantine. Er ist ebenfalls der Ansicht, dass man Kinder dazu erziehen sollte, weniger Fleisch zu konsumieren, denn die Fleischproduktion ist einer der Hauptverursacher von Treibhausgasen.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Meinung, dass die Gemeinde viel geleistet hat, um eine bestmögliche Betreuung in der Maison-Relais zu organisieren. Sie begrüßt die innovativen Konzepte, die bereits umgesetzt wurden oder noch umgesetzt werden.

Das Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) betont die Wichtigkeit solcher Einrichtungen, wie der Maison-Relais, angesichts des Wandels der traditionellen Familienstruktur und des manchmal

schwierigen wirtschaftlichen Kontextes in Luxemburg. Viele Elternteile sehen sich dazu gezwungen beide zu arbeiten, was ohne Einrichtungen dieses Typs nicht möglich wäre.

Das Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) begrüßt die Tatsache, dass die Gemeinde vermehrt lokale Produkte sowie Bio- und Saisonprodukte nutzen möchte. Er denkt jedoch, dass Luxemburg diesen Wirtschaftszweig weiter ausbauen sollte, denn die Gemeinschaftsverpflegung hat vor allem Bedarf an Teilfertigprodukten, welche selten aus lokaler Herstellung verfügbar sind.

Die dreiseitige Vereinbarung für das Jahr 2022 der Maison-Relais wird einstimmig genehmigt.

6. Verabschiedung der Vereinbarung des Nationalen Amtes für soziale Eingliederung (ONIS) für das Jahr 2022.

Die Gemeinderatsmitglieder werden dazu aufgefordert, die Vereinbarung für einen Regionalbeauftragten für soziale Eingliederung (ARIS - agent régional d'intégration sociale) zwischen dem Nationalen Amt für soziale Eingliederung (ONIS - Office national d'inclusion sociale), dem Ministerium für Familie und dem Sozialamt der Gemeinde für das Jahr 2022 zu verabschieden. Die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass der Staat die gesamten Personalkosten für die ARIS-Sozialarbeiterin Tamara Maia finanziert, deren Aufgaben sich auf 20 Wochenstunden erstrecken. Die Schöffin möchte ihre Dankbarkeit gegenüber Tamara Maia zum Ausdruck bringen sowie gegenüber der Leiterin des Sozialamtes Josée Majerus für ihre herausragende Arbeit und ihr Engagement. Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass das Sozialamt Anrecht auf eine halbe Stelle für den ARIS-Beauftragten hat und das mit bis zu 50 Leistungsempfängern. Tamara Maia betreut derzeit 34 Personen.

18 dieser Personen befinden sich derzeit in einer Stabilisierungsmaßnahme und werden in verschiedenen Gemeindebereichen eingesetzt wie z.B. Sprachkursen, dem Projekt „SuPi“ und weiteren. Vier Leistungsempfänger haben eine Befreiung aufgrund von Problemen und können derzeit nicht angestellt werden. Zwölf Personen sind als gemeinnützige Arbeiter

(TUC - travailleur d'utilité collective) eingestellt und erfüllen Aufgaben wie die Begleitung und den Transport von Kindern oder unterstützende Tätigkeiten in der Maison-Relais.

Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass das ONIS im Juni 2020 eingewilligt hatte, Tamara Maia die Begleitung des „SuPi“-Projektes als zusätzliche Aufgabe zu übertragen. Sie erinnert daran, dass das Projekt „SuPi“ / PINSS ein Projekt für soziale Inklusion ist, das soziale und ökologische Aspekte vereint. Es biete so die Möglichkeit für die Leistungsempfänger des Einkommens zur sozialen Eingliederung (REVIS - Revenu d'inclusion sociale) im Rahmen einer Stabilisierungsmaßnahme an vier Workshops teilzunehmen. Derzeit gibt es sechs Teilnehmer an den Workshops zu Schneiderei und Kochen, fünf für den Kreativ-Workshop und drei Teilnehmer für den Workshop zum Thema Holzbearbeitung, der leider aus Platzmangel unterbesetzt ist. Es gibt ebenfalls eine Warteliste mit vier Personen.

Die Schöffin fügt hinzu, dass eine weitere Betreuerin gerade dem Projekt zugeteilt wurde, die es nun ermöglicht die Zeitfenster zu erweitern und mehr Teilnehmerstellen anzubieten. Sie bedauert des Weiteren den Platzmangel in den derzeitigen Räumlichkeiten (die ehemalige Pförtnerwohnung der Schule „Hueflach“).

Betty Welter-Gaul (LSAP) gibt an, dass die Vereinbarung 52.241,78 Euro als Vergütung für 20 Wochenstunden des ARIS vorsieht, 3.035,48 Euro für das Personalmanagement sowie 505,91 Euro für das Büromaterial. Dies ergibt in Summe 55.783,17 Euro, welche komplett durch den Staat zurückgezahlt werden in Form von quartalsmäßigen Vorauszahlungen von jeweils 13.945,79 Euro. Der Gemeinde entstehen also keinerlei Zusatzkosten.

Das Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) begrüßt die Tatsache, dass die Gemeinde nun wöchentlich 20 Stunden Zugang zu einer Regionalbeauftragten für soziale Eingliederung hat. Er ist der Ansicht, dass dies eine viel individuellere und nuanciertere soziale Arbeit ermöglicht als im Normalfall. Er denkt ebenfalls, dass man so noch mehr sozialschwachen Personen helfen kann, um wieder auf den Arbeitsmarkt zu gelangen. Betty Welter-Gaul (LSAP) bestätigt, dass dies

sicherlich eines der Ziele des REVIS ist. Sie bemerkt, dass die betroffenen Empfänger noch nicht bereit für den ersten Arbeitsmarkt sind. Die Begleitung durch die ARIS erlaubt ihnen sich so gut vorzubereiten, wie dies eben möglich ist.

Auf Nachfrage erinnert die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) das Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) daran, dass das Sozialamt im Januar 65 Familien betreute im Gegensatz zu 99 Anfang März.

Die Vereinbarung des Nationalen Amtes für soziale Eingliederung für das Jahr 2022 wird einstimmig verabschiedet.

7. Bestätigung mehrerer vorübergehender Verkehrsreglements.

Die Gemeinderatsmitglieder werden dazu aufgefordert zwei vorübergehende Verkehrsreglements in der Route d'Arlon zu bestätigen.

Die Reglements werden einstimmig bestätigt.

8. Ernennungen in lokale Beiräte.

Die Gemeinderatsmitglieder werden dazu aufgefordert, die Ernennung des Leiters der kommunalen Jugendabteilung Ben Boulanger als Sekretär der Jugendkommission zu bestätigen.

Ben Boulanger wird einstimmig zum Sekretär der Jugendkommission ernannt.

9. Genehmigung notarieller Urkunden.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verkaufsurkunde des Kohnen-Hauses leider nicht im Rahmen der aktuellen Sitzung genehmigt werden kann, da die Unterschriften des Notares und der Käufer noch fehlen.

Die Gemeinderatsmitglieder werden ebenfalls dazu aufgefordert, eine kostenfreie Übertragung einer Parzelle von 17 Quadratmetern an die Gemeinde zu genehmigen.

Die kostenfreie Übertragung wird einstimmig genehmigt.

10. Genehmigung eines Kostenvoranschlages bzgl. des Umbaus des Gemeindehauses.

Die Gemeinderatsmitglieder werden dazu aufgefordert, einen Kostenvoranschlag in Höhe von 615.000 Euro bzgl. des Umbaus des Gemeindehauses zu genehmigen. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erinnert daran, dass das betreffende Angebot nicht während der letzten Sitzung genehmigt werden konnte, da dem Angebot noch weitere Arbeiten hinzugefügt werden mussten. Diese betreffen den Umbau der Hausmeisterwohnung in Büroräume für 96.280 Euro. Der Bürgermeister fasst nur schnell die geplanten Arbeiten zusammen, das Projekt wurde dem Gemeinderat bereits vorgestellt.

Das Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) begrüßt den Umbau des Gemeindehauses und bittet um weitere Details zur Ausführung der Türen.

Auf Nachfrage des Gemeinderatsmitgliedes Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), bestätigt der Bürgermeister, dass der Ausgabenposten über 80.913,92 Euro für die Renovierung des Gemeinderatssaales sowohl die Möbel, wie auch die integrierte technische Ausrüstung beinhaltet.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) würde gerne wissen, ob nach der Renovierung eine Übertragung der Gemeinderatssitzungen per Internet möglich wäre, so wie ihre Fraktion es angefragt hatte. Der Bürgermeister bestätigt dies. Er bestätigt ebenfalls, dass die Umbauarbeiten der Hausmeisterwohnung bereits 2020 ausgeführt wurden. Er erläutert, dass die Wohnung in Büroräume umgebaut wurde und derzeit die Abteilungen für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit beherbergt. Das Gemeinderatsmitglied befürchtet, dass das Budget aufgrund der aktuellen Krise überschritten sei. Der Bürgermeister denkt, dass dieses Risiko nach wie vor besteht, dass er es aber bevorzugt im Nachhinein eine Budgetüberschreitung abzustimmen. Er ist der Ansicht, dass die Gemeinde nicht eine Preiserhöhung vorziehen sollte und die Tatsache, eine Reserve von Vornherein vorzusehen, wäre seiner Meinung nach ein schlechtes Signal.

Das Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) ist derselben Meinung, denkt aber, dass die Gemeinde zumin-

dest intern mit einer Preissteigerung rechnen müsste und ihre Haushaltsstrategie dementsprechend anpassen sollte. Der Bürgermeister ist hiermit einverstanden, bleibt aber der Meinung, was die Reserve angeht.

Das Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) ist der Meinung, dass die zweite Tür im Eingangsbereich versperrt werden sollte, da man durch sie den Empfang umgehen kann und sie somit ein Sicherheitsrisiko darstellt. Der Bürgermeister ist damit nicht einverstanden und geht davon aus, dass ein Gemeindehaus ein offener Ort bleiben sollte. Es handelt sich dabei für ihn um das Haus der Bürger und es hat bisher noch nie ein Problem gegeben.

Auf die Nachfrage des Gemeinderatsmitglieds Paul Klensch (LSAP) hin, erklärt der Bürgermeister, dass der neue Tisch des Gemeinderates eine ähnliche Form zum derzeitigen Tisch haben wird, aber Platz für zwei weitere Personen bietet.

Der Kostenvoranschlag bzgl. des Umbaus des Gemeindehauses wird einstimmig genehmigt.

11. Genehmigung eines Kostenvoranschlages bzgl. der Auslage eines neuen Kunstrasens auf dem Fußballplatz.

Die Gemeinderatsmitglieder werden dazu aufgefordert, einen Kostenvoranschlag bzgl. der Auslage eines neuen Kunstrasens auf dem Fußballplatz zu genehmigen. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erinnert daran, dass die durchschnittliche Lebensdauer eines Kunstrasens auf einem Fußballplatz 10 Jahre beträgt und ein Austausch des derzeitigen Rasens unumgänglich ist. Er erinnert daran, dass der Ersatzrasen aus Kunststoff hergestellt ist und nicht mehr aus Gummigranulat, weil dieses eine erhebliche Belastung der Umwelt darstellt. Dies begründet den recht hohen Preis von 760.500 Euro, wohlwissend, dass die Gemeinde ein Anrecht auf eine staatliche Förderung in Höhe von 35% hat. Die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) begrüßt die Wiederinstandsetzung des Fußballplatzes, da die Umweltverschmutzung durch das Granulat seit einiger Zeit offensichtlich wurde.

Auf Nachfrage des Gemeinderatsmitgliedes Laurent Glesener (DP) bestätigt der Bürgermeister, dass die

Tore des derzeitigen Fußballplatzes eventuell wieder genutzt werden könnten. Er erklärt, dass die Arbeiten im Juli dieses Jahres umgesetzt und 3 Wochen dauern werden. Auf Nachfrage des Gemeinderatsmitgliedes erklärt der Bürgermeister, dass die Gemeinde kein Anrecht auf eine finanzielle Unterstützung durch den Luxemburgischen Fußballverband hat.

Auf Nachfrage des Gemeinderatsmitgliedes Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) erklärt der Bürgermeister, dass der Kunstrasen auf dem Fußballplatz sowohl von der Schule wie auch vom Fußballverein genutzt werden wird nach Inbetriebnahme des neuen Fußballanlage.

Das Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) bemerkt, dass ein Fußballplatz mit Kunstfaserrasen ebenfalls Umweltrisiken birgt, da er mit chemischen Flammenschutzmitteln behandelt ist.

Der Kostenvoranschlag bzgl. der Auslage eines neuen Kunstrasens auf dem Fußballplatz wird einstimmig genehmigt.

12. Verschiedenes.

Im Kontext des Krieges in der Ukraine verkündet der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV), dass in der Gemeinde 85 russische und 47 ukrainische Staatsangehörige leben. Er betont ganz besonders, dass die Gemeinde sich gegen jegliche Form der Diskriminierung eines Bürgers aufgrund seiner Nationalität stellt. Er erklärt, dass die Gemeinde nun ihre Opposition zum Krieg und ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk zum Ausdruck bringen möchte durch die Beleuchtung des Gemeindehauses in den ukrainischen Nationalfarben. Er kündigt an, dass sich die Gemeinde ebenfalls finanziell an der Unterstützung für ukrainische Kriegsflüchtlinge beteiligen möchte in Höhe von 20.000 Euro. Er ist der Ansicht, dass diese Summe ein Transitlager der luxemburgischen Caritas in Moldawien oder ein ähnliches Projekt des Roten Kreuzes oder von Ärzte ohne Grenzen finanzieren könnte. Er fügt hinzu, dass die Gemeinde einen Aufruf an ihre Bevölkerung starten möchte mit der Frage, wer dazu bereit wäre Flüchtlinge aufzunehmen, aber er erklärt auch, dass die Umsetzung derzeit nicht einfach ist.

Er erläutert ebenfalls, dass die Gemeinde mit einer erhöhten Nachfrage nach Iod-Tabletten durch Bürger konfrontiert ist, die eine nukleare Eskalation des Konfliktes befürchten. Er betont, dass solche Tabletten keinerlei Schutz im Fall eines nuklearen Schlages bieten und dass die Bestände der Gemeinde sowieso unzureichend sind. Er gibt an, dass die Gemeinde also keine Tabletten ausgeben wird und bittet die Bürger darum, mit ihren Nachfragen nach solchen Tabletten aufzuhören.

Das Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) ist der Ansicht, dass man ebenfalls die psychologischen Auswirkungen des Krieges beobachten müsste, vor allem auf Kinder. Er begrüßt den Appel bezüglich der Iod-Tabletten. Er ist der Meinung, dass es vielleicht besser wäre, das Gemeindehaus mit einem Friedenssymbol anzustrahlen, um nicht den Eindruck zu vermitteln in diesem Konflikt Partei zu ergreifen. Er fragt sich, ob die Gemeinde vielleicht die Bürger dazu aufrufen sollte, Hilfsgüter für die Flüchtlinge zu sammeln. Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass dies möglich ist, dass man eine solche Sammlung aber mit einer Hilfsorganisation organisieren sollte. Er verspricht, dies umzusetzen.

Das Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) kündigt an, dass der Verein NSL (No Speed Limit), dem sie angehört, beschlossen hat eine Sonderausgabe von „Stroossen Wibbelt“ zu organisieren, um Geld für die Ukraine zu sammeln. Der Bürgermeister verspricht, dass die Gemeinde diese Veranstaltung unterstützen wird.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) begrüßt alle Hilfsvorschläge. Sie ist der Meinung, dass der Krieg eine große Tragödie ist, betont aber, dass man nicht die russischen Bewohner der Gemeinde beschuldigen darf. Sie begrüßt den Willen des Schöffenkollegiums zur Zusammenarbeit mit bekannten Hilfsorganisationen. Sie erzählt von ihrer Erfahrung als Mitglied des Kongresses der Gemeinden Europas des Europarates im Zusammenhang mit diesem Konflikt. Das Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) ist der Ansicht, dass das Schöffenkollegium einen guten Ansatz verfolgt bezüglich der Unterstützung für die ukrainischen Flüchtlinge.

Das Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) begrüßt jegliche Hilfsinitiative der Gemeinde. Sie sagt, dass sie mit ganzem Herzen bei den Ukrainern ist und versteht, was diese gerade durchleben müssen, da sie selbst den Krieg in Libanon erlebt hat. Sie ist enttäuscht, dass alle diplomatischen Lösungsversuche diesen Krieg nicht verhindern konnten und äußert Bedenken gegenüber der Entscheidung der westlichen Staaten Waffen in die Ukraine zu liefern, denn für sie wird dies nicht dazu dienen den Frieden wiederherzustellen, sondern es wird den Konflikt weiter befeuern.

Die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) kündigt an, dass das Sozialamt derzeit 99 Familien betreut. 25 Anträge zielen auf eine finanzielle Unterstützung ab, 51 auf eine administrative Unterstützung, der Rest sind unterschiedliche Anfragen.

Das Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) ist der Ansicht, dass die Gemeinde mehr Vorsicht walten lassen sollte im Bezug auf das Inflationsrisiko und die Energiekrise. Er ist ebenfalls der Meinung, dass die Gemeinde weitere Anstrengungen zur Energieeinsparung unternehmen müsste.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) macht das Schöffenkollégium darauf aufmerksam, dass es Probleme bei der Verteilung der Veröffentlichungen der Gemeinde gibt. Der

Bürgermeister bestätigt dies. Er ist der Ansicht, dass die Dienstleistungen der Post nicht zufriedenstellend sind. Das Gemeinderatsmitglied macht den Gemeinderat auf eine defekte Pumpe im Brunnen des Parks „Riedgen“ aufmerksam. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass man weitere Vorsichtsmaßnahmen im Bezug auf den Fahrradverkehr im Park treffen sollte.

In seiner Funktion als Vorsitzender der Kulturkommission kündigt das Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) an, dass die Gemeinde dieses Jahr ein ehrgeiziges Kulturprogramm organisiert. Im April wird die Galerie „A Spiren“ wiedereröffnet, im Mai wird die 11. Biennale für zeitgenössische Kunst in Strassen stattfinden und im Juni ist ein Musikfest geplant. Dazu kommt ein ehrgeiziges Programm von Ausstellungen und Autorenlesungen im Herbst, dessen Details er noch nicht verrät.

13. Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):

- a. **Beschluss über eine endgültige Ernennung.**
- b. **Beschluss im Rahmen einer Disziplinarmaßnahme.**

14. Beschluss im Rahmen eines Vorschlages zum Ankauf einer Immobilie (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).

Séance du conseil communal du 02 mars 2022

ORDRE DU JOUR

1. **Approbation des procès-verbaux des séances du conseil communal du 08.12.2021, du 15.12.2021, du 05.01.2022 et du 26.01.2022.**
2. **Approbation du rapport d'appréciation des comptes du Club Senior pour l'exercice 2020.**
3. **Approbation du rapport d'appréciation des comptes du Centre Riedgen pour l'exercice 2020.**
4. **Approbation de la convention tripartite pour la Maison des Jeunes pour l'année 2022.**
5. **Approbation de la convention tripartite pour la Maison-Relais pour l'année 2022.**
6. **Adoption de la convention ONIS pour l'année 2022.**
7. **Approbation de plusieurs règlements temporaires de circulation.**
8. **Nominations au sein des commissions consultatives locales.**
9. **Approbation d'actes notariés.**
10. **Approbation d'un devis estimatif relatif au réaménagement de la maison communale.**
11. **Approbation d'un devis estimatif relatif à l'installation d'un nouveau tapis synthétique pour le terrain de football.**
12. **Divers.**
13. **Affaires de personnel (huis clos) :**
 - a. **Décision portant sur une nomination définitive.**
 - b. **Décision dans le cadre d'une sanction disciplinaire.**
14. **Décision dans le cadre d'une proposition d'acquisition immobilière (huis clos).**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1^{er} échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2^e échevin. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Jean-Marie Durrer (CSV) ; Victoria El Khoury (LSAP) ; Marc Fischer (DP) ; Laurent Glesener (DP) ; François Gleis (CSV) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) conseillers. Secrétaire: Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Claire Remmy (déi Gréng), conseillère.

Procès-verbal de la séance.

Avant le début de la séance, les membres du Conseil observent une minute de silence pour les victimes de la guerre en Ukraine.

1. **Approbation des procès-verbaux des séances du conseil communal du 08.12.2021, du 15.12.2021, du 05.01.2022 et du 26.01.2022.**

Les membres du Conseil n'ont pas d'observation à faire à propos des comptes-rendus des séances du 08.12.2021, du 15.12.2021, du 05.01.2022 et du 26.01.2022.

Tous les procès-verbaux sont approuvés unanimement.

2. **Approbation du rapport d'appréciation des comptes du Club Senior pour l'exercice 2020.**

Les membres du Conseil sont appelés à approuver le rapport d'appréciation des comptes du Club Senior pour l'exercice 2020. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) souligne que les deux dernières années ont été difficiles pour le Club Senior en raison de la pandémie. Il rappelle que trois personnes travaillent à mi-temps au sein du Club Senior. Il explique aussi que la commune a entamé l'élaboration du plan communal senior et annonce qu'une enquête sera faite pour identifier les besoins réels de la population âgée.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) explique qu'en 2020, la structure du personnel du Club Senior a été réduite en raison de la pandémie. Au niveau des charges du compte de résultat avant intervention de l'État, les frais de personnel s'élèveraient à 180.001,54 euros et les charges d'exploitation à 22.514,49 euros. Au niveau des produits, figurerait la participation des utilisateurs à hauteur de 5.053,29 euros. La perte d'exploitation atteindrait donc 197.462,74 euros avant subventions.

Au niveau des charges du résultat net incluant les subventions, les frais de personnel suivant décompte s'élèveraient à 176.987,89 euros, les frais de personnel hors décompte à 3.013,65 euros, les frais de fonctionnement éligibles à 8.290,57 euros, les frais pour produits et mesures contre la Covid-19 à 517,01 euros, ainsi que les autres frais non éligibles à 13.706,91 euros. Le total des charges atteindrait donc 202.516,03 euros. Au niveau des recettes figureraient la participation des utilisateurs à hauteur de 5.053,29 euros, la participation de l'État aux frais de personnel de 153.979,46 euros, la subvention aux frais de fonctionnement de 8.290,57 euros et la subvention pour produits et mesures contre la Covid-19 de 517,01 euros. La perte d'exploitation nette pour la commune s'élèverait donc à 34.675,70 euros pour l'année 2020.

Le conseiller François Gleis (CSV) estime aussi que le Club Senior a deux années difficiles derrière lui. Il salue l'engagement des collaborateurs du club pendant la pandémie et souligne les nombreuses activités d'aide et de soutien aux seniors durant la pandémie, notamment grâce aux scouts.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime également que le Club Senior a fait de son mieux en dépit de la situation difficile. Elle souligne l'importance des activités pour seniors au niveau de l'hygiène mentale. La conseillère remarque que l'effectif du Club Senior a baissé récemment et elle aimerait savoir si l'effectif va à nouveau augmenter. Le collègue échevinal explique que de nouveaux collaborateurs ont déjà été engagés.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) remercie aussi les collaborateurs du Club Senior pour leur excellent travail. Elle souligne l'importance du club au niveau de la cohésion sociale et de l'intégration et estime que le club jouera un rôle clé dans l'élaboration d'un plan communal seniors, notamment en raison de la surreprésentation des Luxembourgeois parmi les seniors, ce qui n'est pas le cas à l'échelle de la population globale de Strassen, constituée essentiellement de non-Luxembourgeois.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique justement que, contrairement à la population générale, les Luxembourgeois constituent une majorité au sein de la population âgée dans la commune.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) exprime également ses remerciements à l'équipe du Club Senior. Elle demande si le pourcentage des étrangers âgés va augmenter à l'avenir. Le collègue échevinal explique que la commune fait un suivi de ces statistiques.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) estime que la commune devra encore stimuler la participation aux activités du Club Senior. Il explique que le « Mëttesdësch » a joué un rôle important dans ce contexte et annonce que cette activité va reprendre après la pause due à la pandémie. La conseillère Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng) craint que la reprise des activités ne prenne un certain temps.

Le rapport d'appréciation des comptes du Club Senior pour l'exercice 2020 est approuvé unanimement.

3. Approbation du rapport d'appréciation des comptes du Centre Riedgen pour l'exercice 2020.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) estime que le centre résidentiel Riedgen est actuellement géré par une très bonne équipe. Il annonce que la commune a entamé des discussions avec le ministère au sujet de la construction d'un nouveau centre intégré pour personnes âgées (CIPA) et que le ministère apporte son soutien au projet. Il explique que la commune vise la création de 60 chambres supplémentaires. Il annonce également que la commune vient de lancer un appel à candidatures pour trouver un architecte pour ce projet. Il promet que les membres du Conseil seront impliqués dans l'élaboration du projet.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) fournit ensuite les chiffres clés du compte de résultat 2020. Au niveau des charges figureraient les coûts des denrées à hauteur de 112.640,12 euros, les frais de personnel de 895.047,43 euros, les frais d'exploitation de 384.781,94 euros et les dotations aux amortissements à hauteur de 22.823,49 euros. Le total des charges s'élèverait donc à 1.415.292,98 euros. Du côté des produits, il y aurait les revenus de la vente de repas à hauteur de 231.474,66 euros, les recettes des parkings et autres prestations à hauteur de 63.122,84 euros, les recettes des services de soins à hauteur de 74.123,57 euros, les recettes du service de nettoyage à hauteur de 18.891

euros. Le total des produits atteindrait ainsi 1.143.547,73 euros et la perte d'exploitation 271.745,25 euros.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime que le Centre Riedgen génère des coûts non négligeables pour la commune. Elle est satisfaite que le rapport d'appréciation permette de clairement identifier les dépenses majeures. Elle pense que la pandémie a provoqué une hausse des frais ainsi qu'une baisse des revenus. Elle estime que la commune devrait éventuellement adapter les prix des services, quitte à donner des subventions aux plus démunis. La conseillère aimerait savoir quelles dépenses ont été couvertes directement par la commune. Le bourgmestre explique que des meubles ont été acquis pour les parties communes. Elle salue le fait que le ministère soutienne le projet du CIPA, car le Centre Riedgen n'offrirait pas le même niveau de soins. Elle estime aussi que la commune a raison de vouloir créer une propre offre vis-à-vis des établissements privés. Elle est également d'avis que les dépenses conséquentes de la commune dans ce domaine sont justifiées, mais estime qu'il faut néanmoins en surveiller certaines. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) assure que la commune veille à l'équilibre budgétaire dans ce domaine. Il se réjouit par ailleurs que le Centre Riedgen soit très apprécié par les pensionnaires, qui seraient d'ailleurs souvent originaires de Strassen. Il souligne aussi que l'État donne son support au projet du CIPA, puisque le concept prévoit des chambres abordables, contrairement à ce qui se fait dans certains établissements privés.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) ajoute que l'État accorde une subvention de 232.410,60 euros pour compenser la perte d'exploitation.

Sur demande de la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), le bourgmestre confirme que le CIPA ne sera pas réservé aux anciens pensionnaires du Centre Riedgen. L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) explique que la moyenne d'âge au Centre Riedgen est de 86 ans. Il estime que la plupart des pensionnaires du centre auront besoin des soins du CIPA quand celui-ci sera achevé. Sur demande de la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), le bourgmestre confirme que les conditions d'accès au CIPA ne seront pas comparables à ceux d'une institution privée.

Le conseiller François Gleis (CSV) salue le fait que la commune veuille construire le CIPA. Il estime qu'une telle institution permettra d'améliorer la qualité des soins et de réduire les coûts. Il n'est pas d'avis qu'une institution communale doive nécessairement fonctionner de manière à couvrir l'intégralité des coûts. Il estime également qu'à l'instar de ce qui se fait au Centre Riedgen, les habitants de Strassen pourraient avoir un accès privilégié au CIPA.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime également que le Centre Riedgen génère des coûts relativement élevés. Il craint également que des travaux de rénovation ne soient nécessaires dans les années à venir, notamment au niveau des sanitaires. Il salue le projet du CIPA car il estime que le nombre de places nécessaires dans des institutions pour seniors augmentera sensiblement dans les années à venir. Sur demande du conseiller, le bourgmestre explique que le CIPA sera réalisé par la commune seule, sans la participation d'autres communes. Nicolas Pundel (CSV) annonce aussi que l'État serait prêt à subventionner la construction du CIPA avec près de 17 millions d'euros.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime également que le Centre Riedgen est bien géré et que les pensionnaires y sont satisfaits. Il souligne aussi que le parc Riedgen constitue également un atout pour les autres habitants du quartier.

Le rapport d'appréciation des comptes du Centre Riedgen pour l'exercice 2020 est approuvé à l'unanimité.

4. Approbation de la convention tripartite pour la Maison des Jeunes pour l'année 2022.

Les membres du Conseil sont appelés à approuver la convention tripartite pour la Maison des Jeunes pour l'année 2022. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le fonctionnement de la Maison des Jeunes reste problématique. Des discussions ont eu lieu avec la Croix Rouge, qui est le gestionnaire de la structure. La commune a exprimé le souhait que les deux éducateurs de la Maison des Jeunes ne veillent pas seulement à la discipline dans la maison, mais aussi aux abords, puisqu'il y a eu des problèmes à cause de déchets laissés par les jeunes. Il explique aussi que la commune préférerait que la maison puisse attirer

plus de jeunes qu'à l'heure actuelle. Nicolas Pundel (CSV) annonce aussi qu'une visite de la « Maison Feltgen » avec les représentants du ministère aura lieu prochainement. Il rappelle que la maison est prévue comme nouveau centre des jeunes de la commune. Le bourgmestre souligne que la Maison des Jeunes coûtera 105.312 euros à la commune en 2022. Il estime qu'au vu d'une telle somme, les résultats devraient être meilleurs. Il est d'avis que si la situation ne s'améliore pas, la commune devra trouver une autre solution sans la Croix Rouge.

Sur demande du conseiller Léandre Kandel (DP), le bourgmestre confirme que la Maison des Jeunes sera supprimée si la commune crée son propre centre des jeunes. Le bourgmestre donne des précisions sur la tâche des collaborateurs de la Maison des Jeunes et du responsable jeunesse de la commune.

Le conseiller François Gleis (CSV) salue le fait que la commune veuille créer sa propre structure, en estimant que la Maison des Jeunes actuelle n'est pas adaptée à cette fonction.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande combien de jeunes fréquentent actuellement la Maison des Jeunes. Le bourgmestre explique que la maison est seulement fréquentée par une douzaine de jeunes et que la plupart sont des garçons, ce qui ne serait pas non plus idéal.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime que les coûts de la Maison des Jeunes sont trop élevés par rapport au niveau d'utilisation de la structure. Elle estime que la fourchette d'âge visée par la structure est trop large, car la maison accueillerait des jeunes de 12 à 26 ans. La conseillère pense qu'une bonne gestion de la maison est probablement plus complexe que les responsables de la Croix Rouge ne le laissent entrevoir. Elle ne pense pas que la rénovation de la « Maison Feltgen » sera une solution et estime qu'une nouvelle construction serait préférable. Elle est aussi d'avis qu'un concept plus sophistiqué est nécessaire. Le bourgmestre estime que la construction d'une nouvelle structure prendrait trop de temps. La rénovation de la « Maison Feltgen » permettrait une solution plus rapide. Par ailleurs, il confirme que l'équipe de la Maison des Jeunes n'est pas assez proactive dans la résolution

de problèmes, notamment en ce qui concerne des problèmes de drogues. Il souligne que la commune résiliera la convention avec la Croix Rouge si ces problèmes ne sont pas résolus.

Le conseiller Marc Fischer (DP) se rattache à la position de Martine Dieschburg-Nickels en ce qui concerne la « Maison Feltgen » et le problème des classes d'âge. Il propose de supprimer l'offre de la Maison des Jeunes pendant un certain temps, quitte à admettre une défaite. Le bourgmestre estime que la commune doit continuer à offrir un point de rencontre pour les jeunes, mais qu'elle doit aussi clairement exiger une plus grande rigueur au niveau de la gestion.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) estime que les problèmes proviennent du fait que beaucoup de jeunes n'ont pas de but clair dans la vie. Elle pense aussi qu'il faut changer de paradigme dans la gestion de cette Maison. Elle pense qu'il faut impliquer les jeunes dans des projets où ils peuvent retrouver leur estime d'eux-mêmes et donner un sens à leur la vie. Elle estime aussi qu'il faudra parfois agir au cas par cas au lieu d'appliquer la même façon de faire avec tous les jeunes de la Maison.. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) est d'accord avec cette vue des choses.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) est également d'avis que la fourchette d'âge de la Maison des Jeunes est trop large. Le bourgmestre explique que cette définition vient de l'État.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) estime que les jeunes souffrent souvent du fait que personne ne prête attention à leurs soucis et préoccupations. Il pense également qu'il faut regrouper les jeunes par tranches âge. Il partage l'opinion que le concept de la Maison des Jeunes n'est actuellement pas adapté.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) se rattache aussi à cette position. Il ne partage pas l'opinion de Marc Fischer (DP) qu'il faut fermer complètement la Maison des Jeunes, mais qu'il faut en améliorer la gestion, notamment en ce qui concerne la fourchette d'âge et les problèmes de drogues. Le bourgmestre propose d'organiser une réunion « grand projet » avec les responsables de la Maison des Jeunes, le responsable jeunesse de la commune et les membres de la

commission des jeunes afin de discuter le problème. Les membres du Conseil approuvent cette proposition.

La convention tripartite pour la Maison des Jeunes pour l'année 2022 est approuvée à l'unanimité.

5. Approbation de la convention tripartite pour la Maison Relais pour l'année 2022.

Les membres du Conseil sont appelés à approuver la convention tripartite pour la Maison Relais pour l'année 2022. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le budget global pour la Maison Relais s'élève à 6.253.206 euros. L'État couvre 75 % ou 4.689.905 euros et la commune les 25 % restants, qui se chiffrent à 1.563.302 euros. Cette somme permet actuellement l'accueil de 490 enfants. Il y a aussi une liste d'attente de 7 enfants en raison des mesures anti-Covid et des limitations du nombre d'enfants par groupe. L'accueil est assuré par 65 éducateurs et aides sociaux éducatives. Le bourgmestre explique qu'une récente entrevue avec le SICONA et l'opérateur de la cantine CR Services a porté sur une augmentation de produits bio et locaux dans la cantine.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) est d'avis que le concept de répartition des enfants en différents cycles au sein de la Maison-Relais fonctionne très bien. Il propose de transférer ce concept à d'autres activités communales, comme les cours d'appui ou la Maison des Jeunes. Le bourgmestre explique qu'un schéma similaire est déjà pratiqué pour les cours d'appui.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) salue l'idée d'utiliser plus de produits locaux à la cantine. Il aimerait savoir quel est le rôle du SICONA dans ce contexte. Le bourgmestre explique que le SICONA fait l'intermédiaire entre les producteurs et la Croix Rouge qui favorise d'ailleurs cette approche. Le conseiller remarque que la majorité des fruits et légumes vendus au Luxembourg sont importés et que les légumes d'origine luxembourgeoise sont plus chers. Le bourgmestre explique que la Croix Rouge a une approche pragmatique à cet égard. Il est clair que seulement une partie des denrées peuvent être fournies par des producteurs luxembourgeois. L'expérience dans d'autres communes a par ailleurs montré que la différence au niveau des coûts n'est pas exorbitante.

Nicolas Pundel (CSV) estime que la commune devrait supporter ce surcoût afin de soutenir les producteurs locaux. Léandre Kandel (DP) salue cette position. Il est également d'avis que les produits luxembourgeois sont d'une grande qualité et que le surcoût ne devrait pas être un frein à leur utilisation. Nicolas Pundel (CSV) estime que cette discussion risque de prendre une autre ampleur, car l'État aurait l'intention d'introduire la gratuité des repas dans les structures conventionnées. Il n'est cependant pas clair si cette approche inclut des produits locaux.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déli Gréng) veut savoir si des plats végétariens sont aussi prévus pour la cantine. Le bourgmestre explique que c'est effectivement prévu. Le concept prévoit aussi des efforts dans le domaine de l'anti-gaspillage.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime que la commune pourrait organiser des cours de formation continue pour adolescents, à l'instar des cours de formation continue pour adultes. Il estime aussi que de tels cours doivent être tenus par des professionnels. Il remarque aussi que beaucoup d'enseignants actifs ou pensionnés habitent dans la commune et estime qu'il faudrait faire appel à eux pour organiser de tels cours. Le bourgmestre juge la proposition intéressante, mais estime qu'il faut aussi attendre et voir ce que l'État compte faire dans ce domaine.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) se rattache à la position de Paul Klensch (LSAP). Il salue également le projet relatif à la cantine. Il estime aussi qu'il faut éduquer les enfants à consommer moins de viande, car la production de viande est une des principales sources de gaz à effet de serre.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) est d'avis que la commune a fait beaucoup d'efforts pour organiser le meilleur accueil possible dans la Maison Relais. Elle se réjouit des concepts innovants qui ont été ou qui seront mis en pratique.

Le conseiller François Gleis (CSV) souligne l'importance de structures telles que la Maison Relais face aux mutations de la structure familiale traditionnelle et dans le contexte économique parfois difficile au Luxembourg. Beaucoup de parents sont effectivement

obligés de travailler à deux, ce qui ne serait pas possible sans de telles structures.

Le conseiller Marc Fischer (DP) salue le fait que la commune veuille employer plus de produits locaux, bio et de saison. Il estime néanmoins que le Luxembourg doit développer cette filière, car la restauration collective demande principalement de produits semi-transformés qui sont rarement disponibles en production locale.

La convention tripartite pour la Maison Relais pour l'année 2022 est approuvée unanimement.

6. Adoption de la convention ONIS pour l'année 2022.

Les membres du Conseil sont appelés à adopter la convention relative à l'agent régional d'inclusion sociale (ARIS) entre l'Office national d'inclusion sociale (ONIS), le Ministère de la Famille et l'Office Social de la commune pour l'année 2022. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'État finance l'intégralité des frais de personnel pour l'assistante sociale ARIS Tamara Maia, dont la tâche s'élève à 20 heures par semaine. L'échevin tient à exprimer sa reconnaissance envers Tamara Maia, ainsi qu'envers la présidente de l'office Josée Majerus pour leur excellent travail et leur engagement. Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'Office Social a droit à une demi-tâche pour l'ARIS jusqu'à 50 bénéficiaires. Tamara Maia s'occupe actuellement de 34 bénéficiaires.

18 bénéficiaires participent actuellement à une mesure de stabilisation et sont employés dans diverses activités communales comme les cours de langues, le projet « SuPi » et autres. Quatre bénéficiaires ont une dispense temporaire en raison de problèmes et ne sont pas employables. Douze bénéficiaires sont employés comme travailleurs d'utilité collective (TUC) et assurent actuellement des tâches comme l'accompagnement et le transport d'enfants ou l'assistance à la Maison Relais.

Betty Welter-Gaul (LSAP) explique qu'en juin 2020, l'ONIS a donné son accord pour accorder comme mission supplémentaire à Tamara Maia l'accompagnement du projet « SuPi ». Elle rappelle que le projet « SuPi » / PINSS est un projet d'inclusion sociale alliant aspects sociaux et écologiques, et offrant quatre ateliers pour les bénéficiaires du REVIS participant à une mesure de stabilisation. Actuellement, il y a six participants pour

les ateliers de couture et de cuisine, cinq participants pour l'atelier créatif et trois participants pour l'atelier bois qui est malheureusement sous-exploité par manque d'espace. Il y a également une liste d'attente avec quatre personnes.

L'échevin ajoute qu'une accompagnatrice supplémentaire vient de rejoindre le projet, ce qui va permettre d'étendre les plages d'horaires et d'offrir plus de places. Elle regrette par ailleurs le manque d'espace dans les locaux actuels (l'ancien appartement de portier de l'école « Hueflach »).

Betty Welter-Gaul (LSAP) indique que la convention prévoit 52.241,78 euros comme rémunération pour 20 heures par semaine pour l'ARIS, 3.035,48 euros de frais de gestion de personnel, ainsi que 505,91 euros pour matériel de bureau, ce qui fait un total de 55.783,17 euros intégralement remboursés par l'État par avances trimestrielles de 13.945,79 euros chacune. La commune n'a donc pas de frais supplémentaires.

Le conseiller François Gleis (CSV) se félicite que la commune puisse avoir accès à un agent régional d'inclusion sociale pendant 20 heures par semaine. Il estime que cela permet un travail social beaucoup plus individualisé et nuancé qu'à l'ordinaire. Il estime que cela pourrait aider davantage de personnes en détresse à rejoindre le marché du travail. Betty Welter-Gaul (LSAP) confirme que c'est certainement l'un des objectifs du REVIS. Elle remarque que les bénéficiaires en question ne sont pas prêts pour le premier marché du travail. L'accompagnement par l'ARIS permet de les y préparer dans la mesure du possible.

Sur demande, l'échevin Betty Welter Gaul (LSAP) rappelle au conseiller Marc Fischer (DP) que l'office social s'occupe de 65 familles en janvier, contre 99 début mars.

La convention ONIS pour l'année 2022 est adoptée unanimement.

7. Approbation de plusieurs règlements temporaires de circulation.

Les membres du Conseil sont appelés à approuver deux règlements temporaires de circulation dans la route d'Arlon.

Les règlements sont approuvés unanimement.

8. Nominations au sein des commissions consultatives locales.

Les membres du Conseil sont appelés à approuver la nomination du responsable du service jeunesse Ben Boulanger en tant que secrétaire de la commission de la jeunesse.

Ben Boulanger est unanimement nommé secrétaire de la commission de la jeunesse.

9. Approbation d'actes notariés.

Le bourgmestre explique que l'acte de vente de la maison Kohnen ne peut malheureusement pas être approuvé au cours la séance actuelle, car les signatures du notaire et des vendeurs font défaut.

Les membres du Conseil sont également appelés à approuver une cession gratuite à la commune concernant une parcelle de 17 centiares.

La cession gratuite est approuvée unanimement.

10. Approbation d'un devis estimatif relatif au réaménagement de la maison communale.

Les membres du Conseil sont appelés à approuver un devis estimatif relatif au réaménagement de la maison communale à hauteur de 615.000 euros. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle que le devis en question n'avait pas pu être approuvé pendant la dernière séance, car des travaux supplémentaires ont été ajoutés au devis. Ceux-ci concernent la transformation de l'appartement du concierge en bureaux pour 96.280 euros. Le bourgmestre ne fait qu'un bref rappel des travaux envisagés, le projet ayant auparavant été présenté au Conseil.

Le conseiller François Gleis (CSV) salue le réaménagement de la maison communale et demande quelques précisions sur la configuration des portes.

Sur demande de la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), le bourgmestre confirme que le poste de dépenses de 80.913,92 euros pour la rénovation de la

salle du Conseil comprend aussi bien le mobilier que les installations techniques intégrées.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) aimerait savoir si la rénovation permettra la retransmission vidéo des séances du Conseil via internet, comme sa fraction l'avait demandé. Le bourgmestre confirme que tel sera le cas. Il confirme également que les travaux de transformation de l'appartement du concierge ont déjà été effectués en 2020. Il précise que l'appartement a été transformé en un espace bureau qui accueille actuellement le service culture et relations publiques. La conseillère craint que le budget ne soit dépassé en raison de la crise actuelle. Le bourgmestre estime que ce risque existe toujours, mais qu'il préfère voter un dépassement de budget après-coup. Il estime que la commune ne devrait pas favoriser une flambée des prix et le fait de prévoir d'office une réserve constituerait à ses yeux un mauvais signal.

Le conseiller Marc Fischer (DP) se rattache à cette position, mais estime aussi que la commune devrait néanmoins prévoir en interne une flambée des prix et ajuster sa stratégie budgétaire en conséquence. Le bourgmestre est d'accord, mais reste sur sa position en ce qui concerne une réserve anticipée.

Le conseiller François Gleis (CSV) estime que la porte secondaire dans la zone d'entrée devrait être condamnée car elle permet de contourner l'accueil et constitue ainsi un risque en matière de sécurité. Le bourgmestre n'est pas d'accord et estime que la maison communale devrait rester un endroit ouvert. Il s'agit à ses yeux de la maison des citoyens et il n'y a par ailleurs jamais eu de problème.

Sur demande du conseiller Paul Klensch (LSAP), le bourgmestre explique que la nouvelle table du Conseil aura une forme similaire à la table actuelle, mais qu'elle offrira deux places supplémentaires.

Le devis estimatif relatif au réaménagement de la maison communale est approuvé unanimement.

11. Approbation d'un devis estimatif relatif à l'installation d'un nouveau tapis synthétique pour le terrain de football.

Les membres du Conseil sont appelés à approuver un devis estimatif relatif à l'installation d'un nouveau tapis synthétique pour le terrain de football. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle qu'un tapis synthétique pour terrain de football a une durée moyenne de vie de 10 ans et que le remplacement du tapis actuel est inévitable. Il rappelle que le tapis de remplacement est un tapis en fibres synthétiques et non plus à granulés à caoutchouc, car ces derniers présentent de graves inconvénients écologiques. Cela justifie le prix relativement élevé de 760.500 euros, tout en sachant que la commune a droit à une subvention étatique à hauteur de 35 %. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) salue la rénovation du terrain, car le problème de pollution à cause des granulés est devenu apparent depuis quelque temps.

Sur demande du conseiller Laurent Glesener (DP), le bourgmestre confirme que les buts du terrain actuel pourront éventuellement être réutilisés. Il explique que les travaux auront lieu en juillet de cette année et qu'ils dureront 3 semaines. Sur demande du conseiller, le bourgmestre explique que la commune n'a pas droit à un subside de la part de la Fédération Luxembourgeoise de Football.

Sur demande de la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), le bourgmestre explique que le terrain synthétique sera utilisé aussi bien par l'école que par le club de football après la mise en service du nouveau complexe de football.

Le conseiller Marc Fischer (DP) remarque qu'un terrain de football synthétique à fibres comporte également des risques écologiques car il est traité avec des retardateurs de flamme chimiques.

Le devis estimatif relatif à l'installation d'un nouveau tapis synthétique pour le terrain de football est approuvé à l'unanimité.

12. Divers.

Dans le contexte de la guerre en Ukraine, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) déclare que la commune compte 85 ressortissants de la Russie et 47 Ukrainiens. Il tient à souligner que la commune s'oppose à toute forme de discrimination d'un citoyen sur base d'une nationalité

quelconque. Il explique que la commune compte néanmoins afficher son opposition à la guerre et sa solidarité avec le peuple ukrainien par l'illumination de la maison communale dans les couleurs nationales ukrainiennes. Il annonce également que la commune compte financier l'aide aux réfugiés de guerre ukrainiens avec 20.000 euros. Il estime que cette somme pourrait financer un camp de transition de la Caritas luxembourgeoise en Moldavie ou un projet similaire de la Croix Rouge ou de Médecins Sans Frontières. Il ajoute que la commune compte faire un appel aux habitants prêts à accueillir des réfugiés, mais explique que cela n'est pas simplement réalisable actuellement.

Il explique également que la commune a été confrontée à une demande accrue de comprimés d'iode par des habitants préoccupés par une escalade nucléaire du conflit. Il souligne que de tels comprimés n'offrent aucune aide en cas d'attaque nucléaire et que les stocks de la commune sont de toute façon inadéquats. Il déclare que la commune ne distribuera donc pas de tablettes et appelle les habitants à cesser de faire de telles demandes.

Le conseiller Marc Fischer (DP) estime qu'il faut aussi surveiller l'impact psychologique de la guerre, notamment sur les enfants. Il salue l'appel concernant les comprimés d'iode. Il est d'avis qu'il aurait peut-être été préférable d'illuminer la maison communale avec un symbole de paix, pour ne pas risquer de donner l'impression de prendre parti dans ce conflit. Il se demande si la commune devrait faire un appel aux habitants pour collecter des biens de secours pour les réfugiés. Le bourgmestre estime que cela est possible, mais qu'il faut organiser une telle collecte avec une organisation d'aide. Il promet de mettre cela en œuvre.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) annonce que l'association NSL (No Speed Limit), dont elle fait partie, a décidé d'organiser une édition spéciale du « Stroossen Wibbelt » pour collecter des fonds pour l'Ukraine. Le bourgmestre promet que la commune donnera son support à cet événement.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) salue toutes les propositions d'aide. Elle estime que la guerre est une grande tragédie, mais souligne aussi qu'il ne faut pas blâmer les habitants russes de la commune.

Elle salue le fait que le collègue échevinal veuille travailler avec des organisations d'aide connues. Elle relate ses expériences en tant que membre du congrès des pouvoirs locaux du Conseil de l'Europe en relation avec le conflit. Le conseiller François Gleis (CSV) estime que le collègue échevinal a la bonne approche quant à l'aide aux réfugiés ukrainiens.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) salue toute initiative d'aide de la commune. Elle dit qu'elle est de tout cœur avec les Ukrainiens et comprend ce qu'ils sont en train de vivre, elle qui a vécu la guerre au Liban. Elle est déçue que les voies diplomatiques n'aient pas pu éviter cette guerre et exprime son inquiétude par rapport à la décision des États occidentaux d'envoyer des armes à l'Ukraine, car pour elle cela n'aidera pas à ramener la paix mais au contraire nourrira le conflit.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) annonce que l'office social s'occupe actuellement de 99 familles. 25 demandes d'aides concernent une aide financière, 51 une aide administrative, le reste étant des demandes diverses.

Le conseiller Marc Fischer (DP) estime que la commune devrait prendre ses précautions face au risque d'inflation et face à la crise énergétique. Il est aussi d'avis que la commune devrait faire des efforts supplémentaires pour faire des économies d'énergie.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) attire l'attention du collègue échevinal sur le fait qu'il y a eu des problèmes de distribution des publications communales. Le bourgmestre confirme que c'est le cas. Il estime que le service de la poste n'est absolument pas satisfaisant. La conseillère attire l'attention du Conseil sur une pompe défectueuse dans la fontaine du parc « Riedgen ». Elle est également d'avis qu'il faut prendre des précautions à propos de la circulation à vélo dans le parc.

En sa qualité de président de la commission de la culture, le conseiller Paul Klensch (LSAP) annonce que la commune organisera cette année un programme culturel ambitieux. En avril, la galerie « A Spiren » rouvrira ses portes, en mai, la 11^e édition de la Biennale d'art contemporain à Strassen aura lieu et en juin une fête de la musique est planifiée. S'y ajoutent un programme ambitieux d'expositions et des lectures d'auteurs pour l'automne, dont il garde pour l'instant le secret.

13. Affaires de personnel (huis clos) :

- a. Décision portant sur une nomination définitive**
- b. Décision dans le cadre d'une sanction disciplinaire.**

14. Décision dans le cadre d'une proposition d'acquisition immobilière (huis clos).

Communal Council meeting of 02 March 2022

AGENDA

1. **Approval of the minutes of the Communal Council meetings of 08.12.2021, 15.12.2021, 05.01.2022 and 26.01.2022.**
2. **Approval of the report assessing the accounts of the Senior Club for the financial year 2020.**
3. **Approval of the report assessing the accounts of the Riedgen Centre for the financial year 2020.**
4. **Approval of the tripartite convention for the Youth Club (“Maison des jeunes”) for 2022.**
5. **Approval of the tripartite convention for the “Maison relais” for 2022.**
6. **Adoption of the ONIS (National Office for Social Inclusion) convention for 2022.**
7. **Approval of several temporary traffic regulations.**
8. **Appointments to local consultative commissions**
9. **Approval of notarial deeds.**
10. **Approval of an estimate for the refurbishment of the Town Hall.**
11. **Approval of an estimate for the installation of artificial turf on the football pitch.**
12. **Any other business.**
13. **Staff matters (in camera):**
 - a. **Decision on a final appointment.**
 - b. **Decision on an incidence of disciplinary action.**
14. **Decision in the context of a proposal for the acquisition of property (in camera).**

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1st Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2nd Alderman. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Councillors. Secretary: Christian Muller.

ABSENT (EXCUSED)

Claire Remmy (déi Gréng), Councillor.

Minutes of the meeting.

Before the start of the meeting, the Council members observed a minute's silence for the victims of the war in Ukraine.

1. **Approval of the minutes of the Communal Council meetings of 08.12.2021, 15.12.2021, 05.01.2022 and 26.01.2022.**

The Council members had no comments on the minutes of the meetings of 08.12.2021, 15.12.2021, 05.01.2022 and 26.01.2022.

All the minutes were approved unanimously.

2. **Approval of the report assessing the accounts of the Senior Club for the financial year 2020.**

The Council members were asked to approve the report assessing the accounts of the Senior Club for the financial year 2020. Mayor Nicolas Pundel (CSV) stressed that the last two years had been difficult for the Senior Club due to the pandemic. He pointed out that three people worked part-time in the Senior Club. He also explained that the Commune had started drawing up the Communal Plan for Seniors and announced that a survey would be carried out to identify the needs of the elderly population.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) explained that in 2020, the number of staff at the Senior Club was reduced due to the pandemic. On the level of expenses in the profit and loss account before State intervention, staff costs amounted to EUR 180,001.54 and operating expenses to EUR 22,514.49. On the level of products, user contributions amounted to EUR 5,053.29. The operating loss therefore totalled EUR 197,462.74 before the injection of subsidies.

As regards expenses in the net profit and loss account including subsidies, the staff costs on the basis of the breakdown amounted to EUR 176,987.89, the staff costs not included in the statement to EUR 3,013.65, the eligible operating costs to EUR 8 290,57, the costs of COVID-19-related products and measures to EUR

517.01, and other non-eligible costs to EUR 13,706.91. The total costs therefore amounted to EUR 202,516.03. Revenue included user contributions of EUR 5,053.29, State contributions to staff costs of EUR 153,979.46, operating subsidies of EUR 8,290.57 and subsidies for COVID-19-related products and measures of EUR 517.01. The net operating loss for the Commune therefore amounted to EUR 34,675.70 for 2020.

Councillor François Gleis (CSV) agreed that the Senior Club had been through two difficult years. He praised the commitment of the Club's staff during the pandemic and highlighted the great support and numerous support activities provided to the elderly during the pandemic, in particular through the Scouts.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also believed that the Senior Club had done its best despite the difficult situation. She stressed the importance of activities for older people for their mental fitness. The Councillor noted that the number of staff in the Senior Club had recently fallen, and she asked whether the number would increase again. The College of Aldermen explained that new staff had already been hired.

Councillor Victoria El Khury (LSAP) also thanked the Senior Club staff for their excellent work. She underscored the importance of the Club in terms of social cohesion and integration. She thought it would play a key role in drawing up a Communal Plan for Seniors, in particular because of the over-representation of Luxembourgers among senior citizens, which was not the case for the overall population of Strassen, composed mainly of foreign nationals.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that unlike in the general population, Luxembourgers made up the majority of the elderly population in the Commune.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) also thanked the Senior Club team. She asked whether the percentage of older foreigners would increase in the future. The Communal Council explained that these statistics were being monitored by the Commune.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) thought that the Commune should further stimulate participation in the activities of the Senior Club. He explained that "Mëttesdësch" had

played an important role in this context and announced that this activity would resume after the pandemic. Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) feared that it could be some time before activities resumed.

The report assessing the accounts of the Senior Club for the financial year 2020 was unanimously approved.

3. Approval of the report assessing the accounts of the Riedgen Centre for the financial year 2020.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) felt that the Riedgen Centre was run by a very good team. He announced that the Commune had started discussions with the Ministry on the construction of a new Integrated Centre for the Elderly (CIPA) and that the Ministry supported the project. He explained that the Commune wanted to provide 60 additional bedrooms. He also announced that the Commune had just launched a call for applications to find an architect for this project. He promised that the members of the Council would be involved in the preparation of the project.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) then provided the key figures in the 2020 profit and loss account. On the level of expenditure, the costs of foodstuffs totalled EUR 112,640.12, staff costs were EUR 895,047.43, operating costs were EUR 384,781.94 and depreciation allowances amounted to EUR 22,823.49. The total costs therefore totalled EUR 1,415,292.98. On the product side, the sale of meals totalled EUR 231,474.66, car parks and other services totalled EUR 63,122.84, healthcare services totalled EUR 74,123.57 and cleaning services totalled EUR 18,891. The total revenue amounted to EUR 1,143,547.73 and the operating loss was EUR 271,745.25.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) thought that the Riedgen Centre generated significant costs for the Commune. She was glad that the report made the clear identification of major expenses possible. She believed that the pandemic had led to higher costs and lower income. She said the Commune may have to adjust the prices of services, even if it were to grant subsidies to the poor. The Councillor asked what expenditure was covered directly by the Commune. The Mayor explained that furniture had been purchased for the common areas. She welcomed the fact that the Ministry supported the CIPA project: the Riedgen Cen-

tre could not offer the same level of care without assistance. She also took the view that the Commune was right to want to provide its own offer. She was also of the opinion that the Commune's substantial expenditure in this area was justified but considered that some of the expenses should nevertheless be monitored. Mayor Nicolas Pundel (CSV) ensured the participants that the Commune aimed for a balanced budget in this area. He also welcomed the fact that the Riedgen Centre was very much appreciated by pensioners, who were often from Strassen. He also pointed out that the State supported the CIPA project, since it provided affordable rooms, unlike in some private establishments.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) added that the State would grant a subsidy of EUR 232,410.60 to compensate for the operating loss.

At the request of Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), the Mayor confirmed that the CIPA would not be reserved for former residents of the Riedgen Centre. Alderman Jean Claude Roob (LSAP) explained that the average age at the Riedgen Centre was 86. He believed that most of the Centre's pensioners would need CIPA care once the project was completed. Responding to Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), the Mayor confirmed that the conditions for access to the CIPA would not be the same as those of a private institution.

Councillor François Gleis (CSV) welcomed the Commune's wish to build a CIPA. He believed that such an institution would improve the quality of care and reduce costs. He did not think a communal institution should necessarily be able to cover all its costs through operation. He also thought that, like the Riedgen Centre, the inhabitants of Strassen could have privileged access to the CIPA.

Councillor Laurent Glesener (DP) also thought that the Riedgen Centre generated relatively high costs. He also feared that renovation works would be needed in the coming years, particularly in the sanitary facilities. He welcomed the CIPA project as he believed that the number of places needed in senior institutions would increase significantly in the upcoming years. At the request of the Councillor, the Mayor explained that the CIPA project would be carried out by the Commune

alone, without the participation of other communes. Mayor Nicolas Pundel (CSV) also announced that the State was prepared to subsidise the construction of the CIPA with almost EUR 17 million.

Councillor Paul Klensch (LSAP) also felt that the Riedgen Centre was well managed and that the pensioners were satisfied with it. He stressed that the Riedgen Park was also an asset for the other inhabitants of the neighbourhood.

The report assessing the accounts of the Riedgen Centre for the financial year 2020 was approved unanimously.

4. Approval of the tripartite convention for the Youth Club ("Maison des jeunes") for 2022.

The members of the Council were called upon to approve the tripartite convention for the Youth Club for 2022. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the operation of the Youth Club was still problematic. Discussions had taken place with the Red Cross, the manager of the facility. The Commune expressed the wish that the two instructors at the Youth Club not only be entrusted with discipline matters inside the facility, but also in the vicinity, because of litter problems. He also explained that the Commune would prefer the Youth Club to attract more young people. Mayor Nicolas Pundel (CSV) also announced that a visit to the "Feltgen House" with representatives of the Ministry would take place shortly. He pointed out that it was planned as a new centre for young people in the Commune. The Mayor pointed out that the Youth Club would cost the Commune EUR 105,312 in 2022. He felt that results should be better considering the cost of the Club. If the situation did not improve, the Commune would have to find another solution, independently of the Red Cross.

At the request of Léandre Kandel (DP), the Mayor confirmed that the Youth Club would be closed if the Commune set up its own one. The Mayor gave details of the tasks of the staff at the Youth Club and the Commune's Youth Officer.

Councillor François Gleis (CSV) welcomed the fact that the Commune wanted to set up its own structure, considering that the current Youth Club was inadequate.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked how many young people attended the Youth Club. The Mayor explained that only a dozen young people went there. Most of them were boys, which was not ideal either.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) felt that the cost of the Youth Club was too high for the little use it got. She thought that the age range targeted by the facility was too broad, i.e. young people aged 12 to 26. The Councillor thought that the good management of the Club was probably more complex than the Red Cross suggested. She did not think that the renovation of the “Feltgen House” would be a solution and thought that a new building would be preferable. She was also of the opinion that a more sophisticated concept was required. The Mayor said that building a new facility would take too long. The renovation of the “Feltgen House” represented a quicker solution. He also confirmed that the Youth Club’s team was not sufficiently proactive when it came to solving problems, particularly with regard to drugs. He stressed that the Commune would terminate the agreement with the Red Cross if these problems were not resolved.

Councillor Marc Fischer (DP) backed Martine Dieschburg-Nickels’ position on the “Feltgen House” and the problem of age groups. He proposed temporarily closing the Youth Club for a short period, even if this was deemed to be a mistake later. The Mayor believed that the Commune should continue to offer a meeting point for young people, but that it should also clearly demand more rigorous management.

Councillor Victoria El Khury (LSAP) thought that the problems stemmed from the fact that many young people do not have a clear goal in life. She also believed that the management dynamics of the Youth Club needed to change: young people should be involved in projects where they can regain their self-esteem and give meaning to their lives. She also felt that sometimes, action would have to be taken on a case-by-case basis instead of applying the one-size-fits-all approach in the Club. Mayor Nicolas Pundel (CSV) agreed with this view.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) was also of the opinion that the age range of the Youth Club was

too broad. The Mayor explained that the age range was defined by the State.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) said that young people often suffer from the fact that nobody pays attention to their concerns. He also believed that young people should be pooled by age group. He shared the view that the concept of the Youth Club was inadequate.

Councillor Paul Klensch (LSAP) agreed with this position. He did not share the view of Marc Fischer (DP) that the Youth Club should be closed. Instead, its management should be improved, particularly as regards the age ranges and drug problems. The Mayor proposed to organise a “large-scale project” meeting with the heads of the Youth Club, the Communal Youth Officer and the members of the Youth Committee to discuss the issue. The members of the Council approved this proposal.

The tripartite convention for the Youth Club for 2022 was approved unanimously.

5. Approval of the tripartite agreement for the “Maison relais” for 2022.

The members of the Council were asked to approve the tripartite agreement for the “Maison relais” for 2022. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the overall budget for the “Maison relais” was EUR 6,253,206. The State would cover 75% or EUR 4,689,905 and the Commune the remaining 25 %, totalling EUR 1,563,302. This amount would allow 490 children to be taken on board. There was also a waiting list of 7 children due to anti-Covid measures and limitations in the number of children per group. Reception was provided by 65 instructors and socio-educational support staff. The Mayor explained that a recent meeting with SICONA and the operator of the CR Services canteen concerned an increase in organic and local products used in the canteen.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) was of the opinion that the concept of the distribution of children according to cycles within the “Maison relais” was working very well. He proposed transferring this concept to other communal activities, such as extra lessons or the Youth Club. The Mayor explained that a similar model was already applied for extra lessons.

Councillor Léandre Kandel (DP) welcomed the idea of using more local products in the canteen. He asked what the role of SICONA was in this context. The Mayor explained that SICONA was the intermediary between the producers and the Red Cross, which supported this approach. The Councillor noted that the majority of fruit and vegetables sold in Luxembourg were imported and that vegetables of Luxembourgish origin were more expensive. The Mayor explained that the Red Cross had a pragmatic approach in this regard. It was clear that only a proportion of the food consumed could be supplied by Luxembourgish producers. Experience in other communes had also demonstrated that the difference in cost was not exorbitant. Mayor Nicolas Pundel (CSV) considered that the Commune should bear this additional expense in order to support local producers. Councillor Léandre Kandel (DP) welcomed this position. He was also of the opinion that Luxembourgish products were of high quality and that the additional cost should not be a barrier to their use. Mayor Nicolas Pundel (CSV) said it was possible that this discussion would soon gain traction, as the State intended to introduce free meals into contractual facilities. However, it was not clear whether this approach included local products.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) wanted to know whether vegetarian dishes were also planned for the canteen. The Mayor explained that this was indeed the case. The concept also included anti-waste measures.

Councillor Paul Klensch (LSAP) said that the Commune could organise continuing training courses for teenagers, similar to the ones already provided for adults. He also believed that such courses should be run by professionals. He noted that many active or retired teachers lived in the Commune and felt that they should be called upon to organise such courses. The Mayor considered the proposal interesting, but thought they should wait and see what the State intended to do in this area.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) backed the position of Paul Klensch (LSAP). He also welcomed the canteen project. He also thought that children should be taught to consume less meat, as meat production was one of the main sources of greenhouse gases.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) was of the opinion that the Commune had made great efforts to organise the best possible reception class in the “Maison relais”. She welcomed the innovative concepts that had been or would be put into practice.

Councillor François Gleis (CSV) stressed the importance of facilities such as the “Maison relais” in the face of changes in traditional family structures and in the economic context in Luxembourg. Often, both parents were forced to work due to the high cost of living, and this would not be possible without such facilities in place.

Councillor Marc Fischer (DP) welcomed the fact that the Commune wanted to use more local, organic and seasonal products. However, he felt that Luxembourg needed to develop this sector, as mass catering mainly required semi-processed products, which were rarely available in local production.

The tripartite agreement for the “Maison relais” for 2022 was unanimously approved.

6. Adoption of the ONIS (National Office for Social Inclusion) convention for 2022.

The members of the Council were called upon to adopt the convention on the Regional Social Inclusion Officer (ARIS) between the National Office for Social Inclusion (ONIS), the Ministry of Family Affairs and the Social Office of the Commune for 2022. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the State financed the full staff costs for the ARIS social worker Tamara Maia, whose was employed 20 hours per week. The Alderman wished to express her gratitude to Tamara Maia and the President of the Josée Majerus office for their excellent work and commitment. Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the Social Office was entitled to a part-time position for ARIS for up to 50 beneficiaries. Tamara Maia was dealing with 34 beneficiaries at that point.

18 beneficiaries were currently involved in a stabilisation programme and were attending various communal activities such as language courses, the SuPi project and others. Four beneficiaries had a temporary exemption due to problems and were not employable.

Twelve beneficiaries were doing community work (TUC), in the form of accompanying and transporting children or helping at the “Maison relais”, for example.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that in June 2020, the ONIS agreed to give Tamara Maia an additional task: to provide support to the SuPi project. She recalled that the SuPi/PINSS project was a social inclusion project that combined both social and ecological aspects. It offered four workshops for REVIS beneficiaries participating in stabilisation programmes. At the time of the meeting, there were six participants in the sewing and cookery workshops, five participants in the creative workshop and three participants in the woodwork workshop, which was unfortunately underused due to lack of space. There was also a waiting list with four people.

She added that an additional support staff had just joined the project, which would make it possible to extend the time slots available and increase the number of places. She also deplored the lack of space in the current premises (i.e. the former concierge apartment of the “Hueflach” school).

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) stated that the agreement provided for EUR 52,241.78 as remuneration for 20 hours per week for the Regional Social Inclusion Officer (ARIS), EUR 3,035.48 for staff management costs and EUR 505.91 for office equipment, making a total of EUR 55,783.17 fully reimbursed by the State in quarterly advances of EUR 13,945.79 each. The Commune therefore had no additional costs.

Councillor François Gleis (CSV) welcomed the fact that the Commune had access to a Regional Social Inclusion Officer (ARIS) for 20 hours a week. He believed that this would allow for more tailored social work. He believed that this could help more people in need of support to enter the labour market. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) confirmed that this was certainly one of the objectives of REVIS. She noted that the beneficiaries in question were not ready for the first labour market. Support from ARIS would allow them to be prepared as far as possible.

To respond to his question, Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) reminded Councillor Marc Fischer (DP)

that the Social Office dealt with 65 families in January, compared to 99 at the beginning of March.

The ONIS convention for 2022 was adopted unanimously.

7. Approval of several temporary traffic regulations.

The members of the Council were called upon to approve two temporary traffic regulations on the Route d'Arlon.

The regulations were approved unanimously.

8. Appointments to local consultative commissions.

The members of the Council were asked to approve the appointment of the head of the Youth Service, Ben Boulanger, as the Secretary of the Youth Committee.

Ben Boulanger was unanimously appointed Secretary of the Youth Committee.

9. Approval of notarial deeds.

The Mayor explained that unfortunately, the “Kohnen” house sales deed could not be approved during the sitting, as the signatures of the notary and the sellers had not yet been obtained.

The members of the Council were also called upon to approve a transfer to the Commune free of charge of a plot of 17 centiares.

The free transfer was approved unanimously.

10. Approval of an estimate for the refurbishment of the Town Hall.

The members of the Council were asked to approve an estimate of EUR 615,000 for the refurbishment of the Town Hall. Mayor Nicolas Pundel (CSV) pointed out that the estimate in question could not be approved during the last meeting, as some expenses had been added to the estimate. These concerned the conversion of the concierge apartment into offices for EUR 96,280. The Mayor briefly reminded the participants of the works envisaged, as the draft had previously been presented to the Council.

Councillor François Gleis (CSV) welcomed the plans to refurbish the Town Hall and asked for some clarifications on the location of the doorways.

At the request of Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), the Mayor confirmed that the expenditure item of EUR 80,913.92 for the renovation of the Council room included both furniture and integrated technical installations.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked whether the renovation would allow the video streaming of Council meetings via the internet, as requested by her party. The Mayor confirmed that this would be the case. He also confirmed that the conversion work on the concierge's apartment had already been carried out in 2020. He said that the apartment had been transformed into an office space that hosted the Culture and Public Relations Service. The Councillor feared that the budget would be exceeded due to the crisis. The Mayor believed that this risk was still a reality, but that he would prefer to vote on a budget overrun at a later stage. He thought that the Commune should not encourage price rises and that the automatic provision of a reserve would give the wrong signal.

Councillor Marc Fischer (DP) backed this position but added that the Commune should nevertheless prepare for a price hike internally and adjust its budgetary strategy accordingly. The Mayor agreed, but remained on his position with regards to a reserve.

Councillor François Gleis (CSV) considered that the secondary doorway in the entrance area should be closed off as it bypassed the reception and thus constituted a security risk. The Mayor disagreed, saying that he felt the Town Hall should remain fully accessible to the public. In his view, it was the home of the citizens and there had never been any problem in the past.

At the request of Councillor Paul Klensch (LSAP), the Mayor explained that the new Council table would have a similar shape to the current table, but that it would offer two additional places.

The estimate for the refurbishment of the Town Hall was approved unanimously.

11. Approval of an estimate for the installation of artificial turf on the football pitch.

The members of the Council were asked to approve an estimate for the installation of new artificial turf for the football field. Mayor Nicolas Pundel (CSV) pointed out that such turf had an average lifespan of 10 years and that the current turf needed replacing. He pointed out that the new turf considered was made of synthetic fibre, instead of the former rubber turf, which was not ecological. This justified the relatively high price of EUR 760,500, bearing in mind that the Commune was entitled to a State subsidy of 35%. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) welcomed the renovation of the pitch, as the problem of pollution caused by the rubber granules had been apparent for some time.

At the request of Councillor Laurent Glesener (DP), the Mayor confirmed that the goals of the current pitch could possibly be reused. He explained that the works would take place in July and would take 3 weeks. At the request of the Councillor, the Mayor explained that the Commune was not entitled to a subsidy from the Luxembourgish Football Federation.

At the request of Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), the Mayor explained that the artificial turf pitch would be used by both the school and the football club after the new football complex was opened.

Councillor Marc Fischer (DP) noted that fibre-based synthetic turf also bore ecological risks as it was treated with chemical flame retardants.

The estimate for the installation of a new artificial turf for the football pitch was approved unanimously.

12. Any other business.

In the context of the war in Ukraine, Mayor Nicolas Pundel (CSV) stated that the Commune had 85 Russian nationals and 47 Ukrainians. He wished to point out that the Commune opposed any form of discrimination against citizens on the basis of their nationality. He explained that the Commune nevertheless intended to show its opposition to the war and its solidarity with the Ukrainian people through the illumination of the Town Hall in the Ukrainian national colours. He also announced that the Commune had made a financial contribution of

EUR 20,000 to help Ukrainian war refugees. He believed that this amount could finance a transition camp in the Luxembourgish Caritas facility in Moldova or a in a similar facility run by the Red Cross or Médecins Sans Frontières. He added that the Commune intended to call on residents willing to host refugees but explained that this was not feasible at present.

He also explained that the Commune had faced an increased demand for iodine tablets by residents concerned about a nuclear escalation of the conflict. He pointed out that such tablets offered no help in the event of a nuclear attack and that the Commune's stocks were inadequate anyway. He said that the Commune would not distribute tablets and called on residents to stop making such requests.

Councillor Marc Fischer (DP) felt that the psychological impact of the war, particularly on children, should also be monitored. He welcomed the call concerning iodine tablets. He was of the opinion that it may be better to illuminate the Town Hall with a symbol of peace, so as not to give the impression of taking part in the conflict. He wondered whether the Commune should call on residents to collect goods for the refugees. The Mayor thought this was feasible, but that it would have to be organised in collaboration with an aid organisation. He promised to implement this plan.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) announced that NSL (No Speed Limit), of which she was a member, had decided to organise a special edition of the "Stroossen Wibbelt" to raise funds for Ukraine. The Mayor promised that the Commune would support this event.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) welcomed all proposals for assistance. She felt that war was a great tragedy, but also stressed that the Russian inhabitants of the Commune should not be blamed. She welcomed the fact that the College of Aldermen wanted to work with known aid organisations. She reported on her experiences as a member of the Congress of Local Authorities of the Council of Europe in relation to the conflict. Councillor François Gleis (CSV) considered that the College of Aldermen had adopted the right approach to helping Ukrainian refugees.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) welcomed all the Commune's initiatives for assistance in the context of the conflict. She said she supported the Ukrainians with all her heart and understood their plight, as she had lived through the war in Lebanon. She was disappointed that diplomatic channels had been unable to prevent this war and she expressed her concern about the Western states' decision to send weapons to Ukraine, as it would not help bring peace back.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) announced that the Social Office was currently providing support to 99 families. 25 applications for assistance concerned financial aid, 51 concerned administrative assistance, and the rest of the applications was miscellaneous.

Councillor Marc Fischer (DP) felt that the Commune should take its precautions against the risk of inflation and the energy crisis. He was also of the opinion that the Commune should make further efforts to save energy.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) drew the attention of the College of Aldermen to the fact that there had been problems with the distribution of communal publications. The Mayor confirmed this was the case. He considered the Post Office's services to be totally unsatisfactory. The Councillor drew the attention of the members to a defective pump in the fountain of the Riedgen Park. She also thought that precautions should be taken with regard to cycling there.

In his capacity as Chair of the Committee on Culture, Councillor Paul Klensch (LSAP) announced that the Commune would organise an ambitious cultural programme that year. In April, the "A Spiren" gallery would reopen, and in May, the 11th Contemporary Art Biennale would take place in Strassen. In addition, a music event was planned in June. In addition, there was an ambitious programme of exhibitions and authors' readings for the autumn, which he was currently keeping secret.

13. Staff matters (in camera):

- a. Decision on a final appointment**
- b. Decision on an incidence of disciplinary action.**

14. Decision in the context of a proposal for the acquisition of property (in camera).



COMMUNE DE
Strassen

